



Kanton Zürich
Regierungsrat

Geschäftsbericht 2020

Teil I: Regierungsrat



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Öffentliche Sicherheit	4
Bildung	7
Kultur, Sport und Freizeit	9
Gesundheit	11
Gesellschaft und soziale Sicherheit	13
Verkehr	15
Umwelt und Raumordnung	17
Volkswirtschaft	19
Finanzen und Steuern	21
Allgemeine Verwaltung	23
Finanzen im Überblick	25
Ressourcen	29
Bedeutende Beteiligungen	36
Allgemeiner Geschäftsgang	39
Rechtsetzung	40
Finanzvorlagen	43
Volksabstimmungen	45
Impressum	47

Der Geschäftsbericht des Regierungsrates besteht aus drei Teilen:
Teil I: Regierungsrat (vorliegend)
Teil II: Direktionen und Staatskanzlei
Teil III: Finanzbericht

Sämtliche Inhalte sind in elektronischer Form auf folgender
Internetseite abrufbar:
zh.ch/gb

Vorwort

Gemeinsam sind wir mehr als die Summe unserer Teile. Diese Erkenntnis gilt ganz besonders für das Berichtsjahr, in dem die Coronapandemie uns alle forderte. Trotz der schwierigen Situation ist es der kantonalen Verwaltung gelungen, die gesetzlichen Aufträge und Leistungen in hoher Qualität zu erbringen. Ermöglicht haben dies die Mitarbeitenden von Verwaltung, Gemeinden und Institutionen gemeinsam und in vielen Sondereinsätzen. Ihnen allen danken wir für diese grosse Arbeit.

Um die Arbeitsplätze und Löhne zu sichern und die im Kanton ansässigen Unternehmen zu stützen, erleichterte der Kanton den Betroffenen zusammen mit dem Bund mittels Notstandsmassnahmen und eines Härtefallprogramms den Zugang zu finanziellen Mitteln. Die wirtschaftlichen Hilfen und weitere Folgen der Pandemie werden sich in den kommenden Jahren im Haushalt niederschlagen. Dabei gilt es eine zu starke Neuverschuldung zu verhindern, um künftige Generationen finanziell nicht zu stark zu belasten.

Die Coronakrise führte zu einem verstärkten Informationsbedürfnis der Medien und der Bevölkerung. Abstandsregeln und Homeoffice erschwerten gewohnte Abläufe. Die Pandemie verdeutlichte die Wichtigkeit der digitalen Transformation, die mit der Strategie Digitale Verwaltung weiter vorangetrieben wurde. Auch ein völlig überarbeiteter Internetauftritt des Kantons ging online.

Im vorliegenden Geschäftsbericht wird zum ersten Mal über die aktuellen Ziele und Massnahmen der Legislatur 2019–2023 berichtet. So wird die Bekämpfung der zunehmenden häuslichen Gewalt mit verschiedenen Mitteln verstärkt. Ein Talentförderprogramm in der Berufsbildung stärkt den dualen Bildungsweg. Die Spitalplanung 2023 schafft Grundlagen für die medizinische Versorgung der Zukunft. Mit der Veloförderung wird eine zukunftsträchtige und klimaschonende Mobilität weiter vorangetrieben. Einen Beitrag gegen den Klimawandel leistet der Kanton mit gesetzlichen Anpassungen im Gebäudebereich und Fördergeldern für CO₂-neutrale Heizsysteme. Dies ist nur eine Auswahl von Arbeitsschwerpunkten des Berichtsjahres, viele weitere finden Sie in diesem Geschäftsbericht.

Ebenfalls zu Gesicht bekommen Sie im vorliegenden Bericht verschiedene Kantonsmitarbeitende, die mit ihren Aussagen aufzeigen, was dank bereichsübergreifender Zusammenarbeit alles möglich ist. Auch wenn die Krise, die dieses Berichtsjahr geprägt hat, noch nicht vorbei ist: Zusammen werden wir sie bewältigen und zu einer neuen Normalität zurückkehren.

Der Regierungsrat des Kantons Zürich



Von links: Jacqueline Fehr (Vizepräsidentin 2020/2021), Dr. Kathrin Arioli (Staatsschreiberin), Mario Fehr, Natalie Rickli, Dr. Silvia Steiner (Präsidentin 2020/2021), Carmen Walker Späh, Dr. Martin Neukom, Ernst Stocker

Öffentliche Sicherheit

Kantonale Führungsorganisation während der Coronakrise

Die Kantonale Führungsorganisation (KFO) kommt immer dann zum Einsatz, wenn umfassende und andauernde Grossereignisse oder ausserordentliche Lagen den Schutz, die Rettung und Betreuung sowie die Gewährleistung der Grundversorgung der Bevölkerung erfordern. Die KFO unterstützt den Regierungsrat bei der Umsetzung von Massnahmen, steht sinnbildlich für die vernetzte Zusammenarbeit in Krisen und spielte auch bei der Bekämpfung der Coronapandemie eine Schlüsselrolle. In der KFO sind die Blaulichtorganisationen, die mit dem Schutz der Bevölkerung betrauten Ämter, der Kantonsärztliche Dienst und die Kommunikationsabteilung des Regierungsrates vertreten. Ein Sonderstab führte auch nach der Beendigung der ausserordentlichen Lage im Juni die Tätigkeiten der KFO fort. Dabei wurden zur Koordination der Coronamassnahmen auch Vertreterinnen und Vertreter aller Gemeinden und Städte sowie Verwaltungsmitglieder eingebunden, die sich um die Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie kümmern.

Kriminalität im Internet bekämpfen

Die Digitalisierung begünstigt neue Kriminalitätsformen. Kriminelle und Betrüger verschaffen sich persönliche Daten, hacken Computer, verlangen Geld oder verkaufen illegale Betäubungsmittel. Dagegen geht der Regierungsrat vor (siehe RRZ 1f). Im Berichtsjahr rekrutierte die Staatsanwaltschaft zusätzliches Personal zur Verfolgung von Internetkriminalität und führte die

Fachkarriere «Cybercrime» ein. Auch in der Kantonspolizei wurde die Kompetenz für den Einsatz von digitalen Ermittlungsmassnahmen gestärkt und Ermittelnde sowie Spezialistinnen und Spezialisten mit spezifischem IT-Fachwissen besser vernetzt.

Eine grosse Herausforderung bleibt der internationale Charakter der Internetkriminalität. Oft findet die Tat im Ausland oder über ausländische Server statt. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden gelingt immer besser. So konnten zum Beispiel im August des Berichtsjahres dank Ermittlungen der Kantonspolizei und der Staatsanwaltschaft Betrüger in den Niederlanden verhaftet werden, die Kundinnen und Kunden von Schweizer Banken um eine halbe Million Franken betrogen hatten.

Kampagne «Stopp Gewalt gegen Frauen»

Als Folge der Pandemie verbrachten viele Menschen mehr Zeit in ihren eigenen vier Wänden. Das kann Konflikte in den Familien und häusliche Gewalt verstärken. Die Kantonspolizei, die Staatsanwaltschaft und die kantonale Opferhilfe lancierten im Juli des Berichtsjahres die Kampagne «Stopp Gewalt gegen Frauen», um den hohen Fallzahlen im Bereich der häuslichen Gewalt entgegenzuwirken (siehe RRZ 1e). Mit der Kampagne verfolgt der Kanton das Ziel, durch Information und Sensibilisierung über die verschiedenen Gewaltformen das Bewusstsein in der Gesellschaft weiter zu fördern, dass Gewalt nicht

«Es war sehr eindrücklich, wie viel Fachwissen aus allen Direktionen und von den Partnern im Bevölkerungsschutz in die KFO eingebracht werden konnte. Mit dem gemeinsamen Engagement erzielten Kanton und Gemeinden rasch Resultate.»

Damaris Allotey-Vogt, Sachbearbeiterin KFO-Geschäftsstelle, Kantonspolizei



akzeptabel ist und strafrechtlich verfolgt wird. Mit der Kampagne werden Opfer und Dritte ermutigt, sich zu melden und Anzeige zu erstatten. Zum Schutz der Opfer werden die Übersicht und der Zugang zu Unterstützungs- und Hilfsangeboten sowie zur Polizei vereinfacht. Als Kernstück der Kampagne wurde die Website www.stopp-gewalt-gegen-frauen.ch aufgeschaltet. Ein

Film sowie Botschaften auf Social-Media-Kanälen sollen mit-helfen, gefährliche Entwicklungen zu stoppen und Gewalteska-lationen zu verhindern.

In den ersten Wochen nach der Lancierung der Kampagne stieg die Zahl der Opferberatungen im Vergleich zur Vorperiode um 45 Prozent.

Legislaturziel RRZ 1: Die Sicherheit ist unter Berücksichtigung der digitalen Kriminalität gewährleistet

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 1a Seniorinnen, Senioren und Hilfsbedürftige gegen Gewalt- und Vermögensstraf-taten schützen</p> <p>Im Berichtsjahr konnten verschiedene Behörden und Fachinstitutionen für die institutionelle Zusammenarbeit gewonnen werden. Bei der Kriminalpolizei wurde eine Fachstelle eingerichtet, welche die Arbeit dieses strategischen Netzwerks plant und koordiniert, Fachkompetenz für den polizeilichen Umgang mit Seniorinnen und Senioren aufbaut und bei Delikts- und Missbrauchssachverhalten rasch polizeiliche Massnahmen und andere Interventionen veranlasst. Die Kantonspolizei hat auch die Netzwerke mit den Wohninstitutionen stark ausgebaut und eine Kontaktstelle für Heimleitungen etabliert. In den Wohninstitutionen wurden zahlreiche Sicherheitsberatungen durchgeführt.</p>	Planmässig	DS, JI
<p>RRZ 1b Geldwäscherei in enger Zusammenarbeit mit kantonalen, nationalen und internationalen Behörden bekämpfen</p> <p>Es wurden zahlreiche Massnahmen in den Bereichen Standardisierung, Instruktion, nationale und internationale Vernetzung und Zusammenarbeit sowie gezielte Aktionen konzipiert und soweit möglich umgesetzt. Bereits zwölf Verfahren gegen professionelle und international tätige Geldwäscher (Moneytransmitter, Finanzdienstleister und andere) sind eröffnet worden. Drei weitere Verfahren, unter anderem gegen «Money Mules» (Finanzagenten), befinden sich im Stadium der Vorermittlung.</p>	Planmässig	JI, DS
<p>RRZ 1c Die Effizienz und Effektivität der Ermittlung und Strafverfolgung mit digitalen Prozessen und Verfahren verbessern</p> <p>Verschiedene Digitalisierungsprojekte wurden im Berichtsjahr gestartet. Die eStrafakte.ZH, bei der die digitale Strafakte im Zusammenspiel der Staatsanwaltschaft See/Oberland und dem Bezirksgericht Uster unter Einbezug des Obergerichts als Pilotlösung erarbeitet wurde, konnte Ende des Berichtsjahres erfolgreich abgeschlossen werden.</p> <p>Das Projekt «Asservatenmanagement» soll den Umgang der Strafverfolgungsbehörden mit Sicherstellungen und Beschlagnahmungen durchgängig, einheitlich und medienbruchfrei mit digitalen Mitteln gewährleisten. Im Projekt «Big Data» werden polizeiliche Ermittler befähigt, umfangreiche, unstrukturierte Datensicherstellungen unter Einsatz von Software und Informatiktools effizient und gezielt für das Strafverfahren auszuwerten. In Pilotverfahren konnten die Effizienz der Auswertung bereits gesteigert und die Bearbeitungsdauer verkürzt werden.</p>	Planmässig	DS, JI
<p>RRZ 1d Im Umgang mit psychisch auffälligen Gefährdern Anschlusslösungen nach dem justiziellen Verfahren schaffen</p> <p>Zur stetigen Verbesserung der interdisziplinären Zusammenarbeit wurde das Kantonale Bedrohungsmanagement 2019/2020 durch das Kriminologische Institut der Universität Zürich evaluiert. Der Studienbericht zeigt ein positives Resultat. Die Fachstelle Forensic Assessment & Risk Management (FFA) ist an ihre Kapazitätsgrenzen gestossen. In aktiver Bearbeitung sind weiter die Teilprojekte zu gerichtlich verfügbaren Tätigkeits-, Kontakt- und Rayonverboten, Ersatzmassnahmen mit verbesserter Zusammenarbeit und Koordination von Bewährungshilfe und Gewaltschutz der Kantonspolizei sowie zum forensischen Sozialdienst. Erste wichtige Vorarbeiten und Abklärungen für Projekte zur Schaffung von Anschlusslösungen für psychisch auffällige Gefährder nach dem justiziellen Verfahren wurden getätigt. Das Angebot für Gespräche über Anschlusslösungen wurde bereits ausgebaut.</p>	Planmässig	JI, DS

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 1e Gewalt gegen Frauen vermindern und potenzielle Opfer besser schützen</p> <p>Die Weisung für das Vorverfahren der Oberstaatsanwaltschaft zum Thema häusliche Gewalt wurde stark überarbeitet. Hinsichtlich Umsetzungsbedarf der Istanbul-Konvention hat die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt (IST) eine Situationsanalyse erstellt.</p> <p>Mit der Anpassung des Gewaltschutzgesetzes kann die Polizei seit Juli des Berichtsjahres auch Massnahmen zum Schutz von Opfern ausserhalb häuslicher Gewalt anordnen. Zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und potenzieller Opfer wurde die Kampagne «Stopp Gewalt gegen Frauen» lanciert.</p>	Planmässig	DS, JI
<p>RRZ 1f Internetkriminalität konsequent bekämpfen und die Prävention ausbauen, insbesondere gegen Cybermobbing und neue Phänomene wie «Hatecrime»</p> <p>Die Kapazitäten der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung digitaler Kriminalität wurden im Berichtsjahr ausgebaut. Bei der Kriminalpolizei wurde die interne Zusammenarbeit zwischen Ermittelnden sowie Spezialistinnen und Spezialisten mit spezifischen Technik- und Informatikkenntnissen optimiert und die Kompetenz aller Angehöriger der Kriminalpolizei zum Einsatz von digitalen Ermittlungsmassnahmen gestärkt.</p>	Planmässig	JI, DS



Bildung

Herausforderung Coronapandemie für alle Bildungsstufen

Bildung darf auch in aussergewöhnlichen Situationen nicht zu kurz kommen. Der Regierungsrat setzte deshalb alles daran, den Unterricht auch unter erschwerten Bedingungen ohne Qualitätseinbussen fortzusetzen. Nach der aufwendigen Umstellung auf Fernunterricht wurden die Volksschulen bei der Erarbeitung von Schutzkonzepten zur schrittweisen Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts unterstützt. Zudem wurde in Ergänzung zum kantonalen Contact Tracing ein schulspezifisches Contact Tracing aufgebaut.

Auch im Hochschulbereich stand die Umstellung des Präsenzbetriebs auf Onlineformate im Vordergrund. Dazu wurden in kürzester Zeit die erforderlichen digitalen Instrumente zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig wurden den Dozierenden entsprechende Weiterbildungen angeboten. Diese Massnahmen schufen die Voraussetzungen, damit die Universität und die Fachhochschulen ihren Grundauftrag in Lehre und Forschung trotz pandemiebedingter Einschränkungen weiterhin erfüllen konnten.

Talentförderung Berufsbildung

Der duale Bildungsweg ist ein wichtiger Pfeiler des wirtschaftlichen Erfolges der Schweiz. Damit die Berufsbildung weiterhin als attraktiver und zukunftsorientierter Ausbildungsweg wahrgenommen wird und die Wirtschaft auf gut ausgebildete Fach- und Führungskräfte zählen kann, braucht es auch in der Berufslehre eine gezielte Förderung von begabten Jugendlichen (siehe RRZ 2). Um die Lehrbetriebe als Talentschmieden zu positionieren, startete der Kanton die Sensibilisierungskampagne «Talentförderung plus». Das Hauptziel der Kampagne besteht darin, die Lehrbetriebe und Branchenverbände zu motivieren und zu befähigen, sich für die Talentförderung von Jugendlichen einzusetzen. Herzstück der Sensibilisierungskampagne ist die Plattform www.talentfoerderungplus.ch. Neben Informationen und praktischen Werkzeugen bietet sie inspirierende «Talent Stories». Zudem ermöglicht die Plattform bestehenden und zukünftigen Talentförderern, sich untereinander zu vernetzen und Erfahrungen auszutauschen. Eine Steuergruppe mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft und Verbänden begleitet die Kampagne. Mittelfristig soll die Plattform in eine unabhängige Trägerschaft übergeführt werden.

Vielfalt im Kindergarten

Der Regierungsrat erachtet es als zentral, den stark geforderten Kindergarten zu stärken und weiterzuentwickeln (siehe RRZ 2b). Als Grundlage dazu dient der Bericht «Situation des Kindergartens im Kanton Zürich».

Im Februar des Berichtsjahres führte der Kanton daher eine Tagung zur Weiterentwicklung des Kindergartens durch mit rund 250 Teilnehmenden, mehrheitlich Lehrpersonen der Zürcher Kindergärten. Ziel der Tagung war, ein gemeinsames Verständnis zwischen Praxis und Wissenschaft zum Thema «Umgang mit Vielfalt» zu schaffen.

«Ein afrikanisches Sprichwort sagt: Um ein Kind zu erziehen, braucht es ein ganzes Dorf. Für mich als Kindergärtnerin bedeutet dies, dass ich mich vernetze, sei dies mit den Eltern, mit Kolleginnen und Kollegen aller Schulstufen, mit den Behörden und der Politik. Gemeinsam erziehen wir unsere Kinder.»

Gabriella Bazzucchi, Lehrperson Kindergarten, Kindergarten Heubach 1, Horgen

Legislativziel RRZ 2: Den Schülerinnen und Schülern sowie den Lernenden gute Chancen für eine erfolgreiche Bildung ermöglichen

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 2a Kinder und Familien mit besonderem Förderbedarf identifizieren und mit Blick auf einen guten Start in die Volksschule gezielt unterstützen</p> <p>Das Konzept zur interinstitutionellen Früherkennung sowie die entsprechende Gesetzesvorlage wurde planmässig erarbeitet, die Vernehmlassung ist noch ausstehend.</p>	Planmässig	Bl
<p>RRZ 2b Den Kindergarten als Teil der Volksschule stärken und weiterentwickeln</p> <p>Es fand eine Tagung zum Thema Vielfalt im Kindergarten statt. Beruhend auf dem Bericht «Situation des Kindergartens im Kanton Zürich» wurden Massnahmen erarbeitet.</p>	Planmässig	Bl
<p>RRZ 2c Die Unterrichtsqualität zugunsten verbesserter Lernleistungen der Kinder und Jugendlichen, welche die Grundkompetenzen nicht erreichen, erhöhen sowie eine gezielte Förderung von Kindern und Jugendlichen mit besonderen Begabungen entwickeln</p> <p>Beruhend auf dem nun vorliegenden Evaluationsbericht zum Projekt «ALLE» (Aktive Lernzeit und Lernerfolg für alle) sind verschiedene Massnahmen in Erarbeitung. Diese werden koordiniert mit einer Weiterentwicklung von «Quims» (Qualität in multikulturellen Schulen) und der Sprachförderung in allen Fachbereichen und auf allen Stufen der Volksschule.</p>	Planmässig	Bl
<p>RRZ 2d Die gymnasiale Bildung und die Berufsbildung vor dem Hintergrund des Zürcher Lehrplans 21 weiterentwickeln sowie gezielt auf die Anforderungen aus Hochschulen und Wirtschaft ausrichten</p> <p>Die Vorschläge aus dem Projekt «Gymnasium 2022» wurden im Berichtsjahr in eine breite Vernehmlassung gegeben. Im Rahmen dieses Projektes wird neu das Fach Informatik eingeführt, um die Schülerinnen und Schüler besser auf die Erfordernisse von Wirtschaft und Hochschulen vorzubereiten. Die Vorarbeiten für das Projekt «Basale Kompetenzen» wurden abgeschlossen. Dieses soll sicherstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler über die grundlegenden Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik verfügen und so besser auf das Hochschulstudium vorbereitet sind. In der Berufsbildung wird bei laufenden Bildungsreformen sichergestellt, dass der Unterricht auf den Vorgaben des Lehrplans 21 aufbaut. Die Arbeiten am Übergang von der Berufsmaturität zu den Fachhochschulen wurden fortgesetzt und Arbeitsgruppen zur Bearbeitung konkreter Problemstellungen gegründet.</p>	Planmässig	Bl
<p>RRZ 2e Die Abschlussquote auf Sekundarstufe II mit gezielten Massnahmen mittel- und langfristig erhöhen</p> <p>Projekte an der Nahtstelle zwischen der Volksschule und der Berufsbildung, die Integrationsvorlehre sowie das Programm «Grundkompetenzen Erwachsener» sollen die Abschlussquote auf Sekundarstufe II mittel- und langfristig erhöhen. Die Projekte wurden im Berichtsjahr gestartet.</p>	Planmässig	Bl

Kultur, Sport und Freizeit

Finanzhilfe Kultur

Die Folgen der Coronapandemie bedrohen die Existenz vieler Kulturschaffenden und Kulturunternehmen enorm. Der Bund und der Kanton Zürich unterstützen sie mit Ausfallentschädigungen – sogenannte nichtrückzahlbare Beiträge – für abgesagte Veranstaltungen oder Projekte sowie bei Betriebsschliessungen von gewinnorientierten und nichtgewinnorientierten Kulturunternehmen und Kulturschaffenden. Die Fachstelle Kultur erhielt im Berichtsjahr rund 1700 Gesuche für Ausfallentschädigungen, von denen rund 1300 ganz oder teilweise gutgeheissen wurden. Insgesamt wurden Ausfallentschädigungen in der Höhe von 60,5 Millionen Franken ausgerichtet, die je zur Hälfte durch den Bund und den Kanton finanziert wurden. Mit den Finanzhilfen im Kulturbereich verfolgt der Regierungsrat das Ziel, den coronabedingten finanziellen Schaden im Kulturbereich abzufedern und die kulturelle Vielfalt im Kanton zu sichern (siehe RRZ 3c). Für 2021 stehen weitere finanzielle Mittel für Kulturschaffende und Kulturunternehmen bereit.

Soforthilfe Sport

Im Kanton sorgen 2400 Sportvereine mit ihren 375 000 Mitgliedern, organisiert in rund 60 kantonalen Sportverbänden, für ein breites und vielfältiges Sportangebot – insbesondere auch im Kinder- und Jugendbereich (siehe RRZ 3d). Viele dieser Vereine sind durch die Coronapandemie stark betroffen, da Wettkämpfe, Festwirtschaften, Lager und Sponsorenläufe nicht stattfinden konnten. Der Regierungsrat beschloss deshalb im März des Berichtsjahres rasche, gezielte und unbürokratische Soforthilfe in der Höhe von zwei Millionen Franken aus dem Lotteriefonds. Bereits nach weniger als einem Monat wurden die ersten Hilfgelder ausgelöst. Bis Ende des Berichtsjahres wurden 138 Beiträge in 25 Sportarten ausbezahlt.

Die zweite Welle der Coronapandemie traf den Breitensport erneut hart. Der Regierungsrat beschloss deshalb die Fortsetzung des Programmes und sprach im Dezember des Berichtsjahres eine weitere Million Franken Soforthilfe für den Sport.

Engagement mit Religionsgemeinschaften

Die anerkannten Religionsgemeinschaften spielen eine wichtige Rolle in der Jugendarbeit und leisten Sozialberatungen und Unterstützung von Menschen am Rande der Gesellschaft. Der Kanton unterstützt sie dazu mit 50 Millionen Franken jährlich. Um eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und den Religionsgemeinschaften zu prüfen (siehe RRZ 3b), wurden im Berichtsjahr verschiedene Schwerpunkte definiert, wie die Klärung der Rollen im Verhältnis zu nichtanerkannten Religionsgemeinschaften, und Projekte in Auftrag gegeben, wie eine Studie zur gesellschaftlichen Bedeutung der Kirchen. Auch neue Formen der Zusammenarbeit werden in Betracht gezogen (siehe RRZ 3a). So wurde ein Projekt konzipiert, das der institutionellen Stärkung der muslimischen Gemeinschaft im Kanton dienen soll.

Während der Coronakrise musste das sozialpolitische Engagement noch stärker zum Tragen kommen, weshalb die Kirchen zusätzliche Mittel erhielten, um ihrer Arbeit im Dienste von Menschen in sozial schwierigen Verhältnissen nachkommen zu können. Selbstverständlich nimmt der Kanton seine sozial- und gesellschaftspolitische Verantwortung im institutionalisierten Rahmen wahr, nutzte in dieser aussergewöhnlichen Situation aber auch alternative und neue Wege und Mittel, um möglichst viele vulnerable Personen zu erreichen.

«Für eine wirkungsvolle Kulturförderung ist die Zusammenarbeit mit den Regionen und Gemeinden genauso wichtig wie jene mit den urbanen Zentren. Nur gemeinsam gelingt es uns, das vielfältige Kulturleben im ganzen Kanton zu erhalten und zu stärken.»

Prisca Passigatti, Leiterin Regionen, Fachstelle Kultur



Legislaturziel RRZ 3: Alle Menschen können an der Zivilgesellschaft partizipieren

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 3a Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Staat und Religionsgemeinschaften prüfen</p> <p>Mit der Vereinigung der Islamischen Organisationen in Zürich (VIOZ) wurde im Berichtsjahr ein Projekt konzipiert, das der institutionellen Stärkung der muslimischen Gemeinschaft im Kanton dienen soll. Das Projekt soll 2021 starten. Es wird über das Teilhabeprogramm (RRB Nr. 710/2020) finanziert.</p>	Planmässig	JI
<p>RRZ 3b Gemeinsame Schwerpunkte zwischen Staat und anerkannten Religionsgemeinschaften erarbeiten</p> <p>Im März des Berichtsjahres wurden drei gemeinsame Schwerpunkte festgelegt: erstens die Etablierung eines Dialogs zur Zukunft des Verhältnisses zwischen Staat und Religionsgemeinschaften, zweitens die Klärung der Rollen im Verhältnis zu nichtanerkannten Religionsgemeinschaften und drittens die Erarbeitung einer Studie zur gesellschaftlichen Bedeutung der Kirchen und Religionsgemeinschaften. Zu den drei Schwerpunkten wurde je eine Arbeitsgruppe gebildet.</p>	Planmässig	JI
<p>RRZ 3c Die Teilnahme aller Menschen am kulturellen Leben stärken</p> <p>Die Stärkung der Teilnahme aller Menschen am kulturellen Leben ist aufgrund der Coronapandemie zurzeit schwierig. Derzeit gilt die Sorge der möglichst flächendeckenden Aufrechterhaltung der Vielfalt des kulturellen Lebens und teilweise der Unterstützung von neuen Angeboten.</p>	Planmässig	JI
<p>RRZ 3d Die Zürcher Sportvereine nachhaltig unterstützen und den Zugang zu Sportangeboten erleichtern, insbesondere für Kinder und Jugendliche aus einem sportfernen Umfeld</p> <p>Mit der «Soforthilfe Sport» wurden die Sportvereine und -verbände unterstützt, damit sie auch nach der Coronapandemie ihre sportliche und gesellschaftliche Funktion übernehmen können.</p>	Planmässig	DS

Gesundheit

Coronapandemie

Die Coronapandemie betraf alle medizinischen Versorgungsbereiche und Leistungserbringer, von den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten über die Spitäler, Kliniken und Heime bis hin zu den Rettungsdiensten, den Spitex-Organisationen und den Apotheken. Auch die rückwärtigen Bereiche des Versorgungssystems mit den Lieferorganisationen für Medikamente und Schutzmaterial waren in höchstem Mass gefordert. In den Spitälern hat das Personal im Allgemeinen und im Besonderen jenes auf den Intensivpflegestationen und in den Covid-19-Bettenabteilungen ausserordentliche Leistungen erbracht, sowohl für die Bevölkerung des Kantons Zürich als auch für jene anderer Kantone. Der Regierungsrat unterstützte die Spitäler auf verschiedenen Ebenen. So wurden Kredite für die Einrichtung zusätzlicher Bettenkapazitäten bewilligt und Beatmungsgeräte sowie Schutzmaterial beschafft und verteilt. Zur Unterstützung der Spitäler bei der Bewältigung der finanziellen Folgen der Pandemie wurden Mittel im Umfang von insgesamt rund 332 Millionen Franken bereitgestellt.

Dank der grossen Anstrengungen aller Beteiligten im Gesundheitsbereich konnten die Grenzen der Leistungsfähigkeit des medizinischen Versorgungssystems gedehnt und sein Funktionieren sichergestellt werden.

Gesundheitsversorgung der Zukunft

Obwohl die Coronapandemie im Berichtsjahr enorme Ressourcen band, wurde mit Nachdruck an den Grundlagen der medizinischen Versorgung der nächsten zehn bis zwanzig Jahre gearbeitet. Ziel ist es unter anderem, die Qualität der Gesundheitsversorgung im Kanton weiter zu verbessern und unnötige Behandlungen zu vermeiden. Im Rahmen der Erarbeitung des Antrags zur Revision des Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetzes wurden Änderungen im Lohnsystem der Spitäler vorgeschlagen, um finanzielle Fehlanreize zu verhindern. Das Kostenwachstum soll durch Verlagerungen in den ambulanten Bereich weiter bekämpft werden (siehe RRZ 4b). Um ambulante Angebote besser fördern zu können, wurden in der Psychiatrie die bestehenden Versorgungsangebote und -strukturen überprüft und Pilotversuche unterstützt. Im Rahmen der Spitalplanung 2023 (siehe RRZ 4a) wurden verschiedene Fachkonzepte zur Weiter- und Neuentwicklung der medizinischen Leistungsgruppenstruktur ausgearbeitet oder weiterentwickelt und in einem Versorgungsbericht zusammengefasst.

«Die Covid-19-Pandemie meistern wir nur dank einer interdisziplinären Zusammenarbeit. Gefragt sind neben den medizinischen Kompetenzen auch die Bereitschaft, gewohnte Strukturen und Hierarchien ausser Kraft zu setzen, um als Team die Bevölkerung optimal zu versorgen.»

**Dr. med. Adrian Schmid, Oberarzt Medizinische Poliklinik, Infektiologie und Spitalhygiene, Facharzt für Infektiologie und Innere Medizin, Kantonsspital Winterthur (links),
Dr. med. Michael Streit, Leitender Arzt Medizinische Poliklinik, Facharzt für Innere Medizin und für Intensivmedizin, Kantonsspital Winterthur (rechts)**



Legislativziel RRZ 4: Die Steuerungsinstrumente für die Gesundheitsversorgung sind weiterentwickelt

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 4a Mit der neuen Spitalplanung den stationären Bereich besser steuern, die Qualität erhöhen, Schnittstellen optimieren und die Kosteneffizienz unter anderem mittels neuer und weiterentwickelter Benchmarks weiter verstärken</p> <p>Für die Akutsomatik wurden neue Programme zur Qualitätssicherung und -zertifizierung entwickelt und die Datengrundlage für die Kontrolle der an der Schnittstelle zwischen ambulant und stationär erbrachten Leistungen verfeinert. Zudem wurde eine zusätzliche medizinische Leistungsgruppe für die hebammengeleitete Geburtshilfe geschaffen. Für die Rehabilitation und die Psychiatrie wurden neue Leistungsgruppenmodelle ausgearbeitet, die wirkungsorientierte Qualitätsanforderungen definieren und eine zielgerichtete Steuerung des Versorgungsangebots ermöglichen. Für die Verbesserung der altersmedizinischen Versorgung wurden fachbereichsübergreifende Programme ausgearbeitet.</p>	Planmässig	GD
<p>RRZ 4b Die ambulante Versorgung in der Psychiatrie gezielt fördern</p> <p>Zur gezielten Förderung der ambulanten Versorgung wurde eine Erhebung zu bestehenden Versorgungsangeboten und -strukturen und eine Erhebung zu den weiteren Verlagerungsmöglichkeiten vom stationären in den ambulanten Bereich durchgeführt. Zudem wurde der Ausbau des Ambulatoriums für Kinder und Jugendliche an der Psychiatrischen Universitätsklinik unterstützt und die bestehende Förderung des Hometreatments auf weitere Altersgruppen ausgeweitet.</p>	Planmässig	GD
<p>RRZ 4c Die notwendigen Entscheidungsgrundlagen erarbeiten und die erforderlichen Daten erheben, um die vom Bund angestrebte Planung der ambulanten Versorgung auf kantonaler Ebene vorzubereiten</p> <p>Die eidgenössischen Räte haben eine neue Zulassungsregelung verabschiedet, die den Kantonen erweiterte Kompetenzen zur Steuerung der im ambulanten Bereich zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung tätigen Ärztinnen und Ärzte zuspricht. Als Entscheidungsgrundlage für die Einführung der neuen Regelung auf kantonaler Ebene wurde ein Modell zur bedarfsgestützten Festlegung der Höchstzahlen definiert und die hierfür erforderlichen Daten aufbereitet.</p>	Planmässig	GD
<p>RRZ 4d Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Gesundheitsfachpersonen und die gesundheitspolizeiliche Aufsicht weiterentwickeln</p> <p>Änderungen des Bundesrechts hinsichtlich der Berufsausübung von Medizinalpersonen und Entwicklungen im Bereich der ambulanten ärztlichen Institutionen bedingen eine Totalrevision des Gesundheitsgesetzes.</p>	Planmässig	GD
<p>RRZ 4e Die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung steigern</p> <p>Das Programm Gesundheitskompetenz Zürich hat in Zusammenarbeit mit der Careum-Stiftung weitere Meilensteine erreicht: Das Projekt «Selbstcheck Gesundheitskompetente Organisationen» wird in den Pilot-Arztpraxen und -Spitex-Zentren erfolgreich angewendet. Der Leitfaden für den Arztbesuch wurde entwickelt und die Finanzierung für die Umsetzungsphase gesprochen. Die Entwicklung von zwei neuen Projekten in den Bereichen Digitalisierung und Gesundheitskompetenz von Kindern und Jugendlichen ist im Gang.</p>	Planmässig	GD

Gesellschaft und soziale Sicherheit

Teilhabeprogramm lanciert

Eine grosse Stärke des Kantons ist die gesellschaftliche Vielfalt. Sie trägt wesentlich zu dessen hoher Produktivität bei. Der Regierungsrat will die gesellschaftliche Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen erhöhen (siehe RRZ 5f), um den Zusammenhalt und das Vertrauen in den Staat und die Politik zu fördern und die politische Beteiligung zu stärken (siehe RRZ 5e). Dazu verabschiedete er im August des Berichtsjahres ein Teilhabeprogramm, in dem die Vernetzung zahlreicher bereits bestehender Initiativen der Teilhabe gefördert, neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft erprobt und Empfehlungen für die Verwaltung hergeleitet werden. Das Programm erstreckt sich über verschiedenste Bereiche des täglichen Lebens wie Bildung, Familie, Arbeit, Gesundheit, Sport, Kultur und Integration.

Der Kanton unternimmt bereits viel zur Erhaltung und Förderung der Teilhabe. Mit dem Teilhabeprogramm wird die Wirkung dieser Arbeiten nun verstärkt. Auch konkrete Projekte wurden im Berichtsjahr bereits gestartet. In Zusammenarbeit mit der Universität Zürich konnte eine Untersuchung der politischen Partizipation der Jugend eingeleitet werden. Weiter startete ein Pilotprojekt zu neuen Formen der Bürgerbeteiligung auf Gemeindeebene.

Übersetzungsarbeiten gesamtkantonal

In der Coronakrise ist das Informationsbedürfnis der Bevölkerung besonders gross. Um auch Migrantinnen und Migranten Zugang zu offiziellen Informationen über das Coronavirus, Schutzmassnahmen und finanzielle Unterstützungsmassnahmen zu gewährleisten, startete der Kanton in den ersten Tagen des Lockdowns eine Übersetzungs- und Informationsinitiative. Unter der Leitung der Fachstelle Integration wurden relevante Inhalte aus allen Direktionen zusammengetragen und in Französisch, Italienisch und Englisch aufbereitet.

Weiter erstellte der Kanton Themenbulletins in zwölf Sprachen mit nationalen und kantonalen Beschlüssen und veröffentlichte diese über vielfältige Informationskanäle. Zudem wurden muttersprachliche Beratungsangebote ausgebaut. In Zusammenarbeit mit der Asylorganisation Zürich wurden für den Asyl- und Flüchtlingsbereich mehrsprachige Hotlines eingerichtet und Flyer erstellt.

Vorlage für ein revidiertes kantonales Bürgerrechtsgesetz

Im Zuge des 2018 in Kraft getretenen überarbeiteten Bürgerrechtsgesetzes des Bundes verabschiedete der Regierungsrat zuhanden des Kantonsrates deshalb im Juni des Berichtsjahres eine Vorlage für ein totalrevidiertes kantonales Bürgerrechtsgesetz. Die heutige Einbürgerungspraxis im Kanton soll weitgehend beibehalten werden. Eine Verschärfung gegenüber Bun-

«Wir beziehen Stimmen der Migrationsbevölkerung in unsere Arbeit ein und schaffen echten Dialog als Basis für unsere erfolgreiche Integrationsarbeit. Denn sie gelingt nur durch gemeinsames Wirken.»
Deniz Yüksel, Fachspezialistin Beratung & Diskriminierungsschutz, Fachstelle Integration

desrecht enthält die kantonale Vorlage in Bezug auf straffällige Jugendliche, zudem soll das neue Gesetz die Anforderungen an die Grundkenntnisse der hiesigen Verhältnisse näher regeln. Die Gesetzesvorlage orientiert sich am Grundsatz, dass es sich bei der Erteilung des Bürgerrechts um einen Rechtsanwendungsakt handelt. Wer die Einbürgerungsvoraussetzungen des Bundes und des Kantons erfüllt, hat Anspruch auf Erteilung des

Bürgerrechts. Nicht zuletzt soll das neue Gesetz auch eine Rechtsgrundlage für eine elektronische Abwicklung des Einbürgerungsverfahrens schaffen. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass das revidierte Bürgerrechtsgesetz den Einbürgerungsprozess fairer und transparenter gestaltet und gleichzeitig die Identifikation der Einbürgerungswilligen mit unseren gesellschaftlichen und politischen Regeln stärkt.

Legislaturziel RRZ 5: Alle Bevölkerungsgruppen sind in eine vielfältiger werdende Gesellschaft eingebunden

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 5a Einen Aktionsplan für die Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention erarbeiten</p> <p>Im Berichtsjahr fanden unter Einbezug der Betroffenen verschiedene Projektarbeiten statt zur Motion KR-Nr. 100/2017 betreffend Selbstbestimmung ermöglichen durch Subjektfinanzierung, die unter anderem in einen Umsetzungsbericht der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) mündeten. Zur UNO-Behindertenrechtskonvention wurde ein Impulstag für Städte und Gemeinden durchgeführt.</p>	Planmässig	DS
<p>RRZ 5b Der Diskriminierung entgegenwirken</p> <p>Die internationale und nationale «Black Lives Matter (BLM)»-Bewegung, aber auch die Coronakrise haben das Interesse an der Situation rassistischer Diskriminierung im Kanton verstärkt. Verschiedene staatliche Stellen wurden zum Thema Diskriminierungsschutz und zu «Racial Profiling» und Antisemitismus beraten. In diesem Zusammenhang war die Expertise der Zürcher Anlaufstelle Rassismus (ZÜRAS) gefragt, die der Kanton und die Stadt Zürich mitfinanzieren. Weiter setzte sich der Kanton dafür ein, dass auch migrantische und religiöse Vereine Zugang zu öffentlichen Unterstützungsleistungen erhalten. Für die Umsetzung des neuen Fördersystems für Geflüchtete wurde ein Konzept für Gender- und Diversity-Mainstreaming erarbeitet, das ab 2021 verschiedene praktische Instrumente für die beteiligten Akteurinnen und Akteure vorsieht. Weiter wurden verschiedene öffentlichkeitswirksame Projekte im Förderbereich Diskriminierungsschutz zur religiösen und gesellschaftlichen Vielfalt, der Radikalisierungsprävention und zum Gedenkjahr der Ablehnung der Schwarzenbach-Initiative vor 50 Jahren unterstützt.</p>	Planmässig	Jl
<p>RRZ 5c Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Bereich der spezifischen Integrationsförderung weiterentwickeln</p> <p>Mit der gemeindebasierten Ausrichtung der neuen Förderstrategie für Geflüchtete (IAZH) wurde die spezifische Integrationsförderung im Berichtsjahr weiterentwickelt. Gemeinsam mit den Gemeinden und den Verbänden (Sozialkonferenz Kanton Zürich und Verband der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich) hat der Kanton Aufgaben und Zuständigkeiten für den neuen gesetzlichen Auftrag der Integrationsförderung erarbeitet und geregelt. Er hat mit allen kommunalen Sozialdiensten eine neue Zusammenarbeitsform etabliert und zusätzlich mit den 162 Gemeinden Zusammenarbeitsvereinbarungen abgeschlossen. Hinsichtlich der Integrationsförderung der gesamten Migrationsbevölkerung stand der Austausch mit den kommunalen Integrationsdelegierten zur Bewältigung der Auswirkungen der Coronapandemie im Vordergrund. Gemeinsam setzte man sich dafür ein, dass die Integrationsangebote auch unter erschwerten Bedingungen stattfinden konnten.</p>	Planmässig	Jl
<p>RRZ 5d Die spezifische Integrationsförderung für vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge im Rahmen der Integrationsagenda umsetzen und weiterentwickeln</p> <p>Die Umsetzung der Förderstrategie für Geflüchtete (IAZH) hatte höchste Priorität und erfolgte nach Plan. Die Arbeiten an der technischen Umsetzung im Hinblick auf ein automatisiertes Reporting und Monitoring werden 2021 weitergeführt.</p>	Planmässig	Jl
<p>RRZ 5e Die politische Beteiligung stärken</p> <p>Mit RRB Nr. 710/2020 wurde das Konzept des Teilhabeprogramms beschlossen. Erste Projekte dazu wurden gestartet.</p>	Planmässig	Jl
<p>RRZ 5f Die Teilhabe der verschiedenen Bevölkerungsgruppen an der Gesellschaft in bestehenden und neuen Formen stärken</p> <p>Mit RRB Nr. 710/2020 wurde das Konzept des Teilhabeprogramms beschlossen. Ein Projekt zu neuen Formen der Bürgerbeteiligung auf Gemeindeebene und ein Projekt zur Vernetzung der Teilhabearbeit im Kanton wurden initialisiert. Mit der Podcastserie «Gleichstellung ist gelebte Teilhabe» wurde auf verschiedenen Social-Media-Kanälen ein neues Informationsformat gestartet.</p>	Planmässig	Jl

Verkehr

Mehr Velo im Kanton

Mit dem kantonalen Gesamtverkehrskonzept hat sich der Regierungsrat das Ziel gesetzt, den Anteil des Veloverkehrs am Verkehrsaufkommen kontinuierlich zu erhöhen. Bis 2030 sollen im Kanton acht Prozent aller Wegetappen mit dem Velo zurückgelegt werden. Um das Engagement des Kantons für diesen zukunftssträchtigen Verkehrsträger zu untermauern, hat der Regierungsrat im Dezember des Berichtsjahres dem Kantonsrat beantragt, das ausgelaufene Veloförderprogramm fortzusetzen. Für das Veloförderprogramm 2 ist ein zielgerichteter Massnahmenkatalog vorgesehen, der die Erhöhung des Veloverkehrsanteils unterstützt und die Vorzüge des Velos gegenüber Bevölkerung, Verwaltung, Politik und Wirtschaft verdeutlicht.

Der Kanton will einhergehend mit der Umsetzung des Veloförderprogramms 2 den systematischen Infrastrukturausbau gemäss kantonalem Velonetzplan vorantreiben (siehe RRZ 6a). Neben der Behebung von infrastrukturellen Schwachstellen, wozu auch Netzlückenschliessungen gehören, werden auch Veloprojekte mit Pilotcharakter gestartet. So beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat im Berichtsjahr einen Objektkredit für wichtige Veloprojekte, die zusammen mit dem Brüttener Tunnel der SBB realisiert werden können. Zum einen geht es um die Veloschnellroute in Wallisellen, die ein hindernisfreies, komfortables, zusammenhängendes und sicheres Pendeln erlaubt, und zum anderen um die Velohauptverbindungen in Dietlikon. Auch die regionale Veloverbindung mit integrierter Velostation unter dem Hauptbahnhof Zürich wird konkreter: Der Kanton und die Stadt unterzeichneten im Berichtsjahr eine Vereinbarung über die Nutzung, den Betrieb und den Unterhalt des Tunnels.

Glattalbahnverlängerung und Tram Affoltern

Das Mobilitätsbedürfnis im Kanton steigt. Besonders in Regionen mit schnell wachsender Bevölkerung sind die Verkehrsinfrastrukturen stark beansprucht und punktuell überlastet. Für die Glattalbahnverlängerung Kloten hat der Regierungsrat im Berichtsjahr einen Kredit für die Weiterentwicklung der Pläne bis

zur Baureife freigegeben. Neben der Verlängerung der Glattalbahn bis ins Entwicklungsgebiet Steinacker in Kloten werden im Gesamtprojekt auch gleich Hochwasserschutzmassnahmen für den Flughafen und die Stadt Kloten sowie eine Velohauptverbindung zwischen Flughafen und dem Gebiet Grindel in Angriff genommen. Die Inbetriebnahme der 3,5 Kilometer langen Neubaustrecke der Glattalbahn ist ab 2029 möglich.

Im Gebiet Affoltern im Nordosten der Stadt Zürich stieg die Bevölkerungszahl in den letzten 15 Jahren um 40 Prozent. Dem Grossteil der heutigen und der zukünftigen Verkehrsnachfrage im Quartier soll mit einer neuen Tramverbindung begegnet werden. Das Vorprojekt der rund vier Kilometer langen Neubaustrecke liegt vor. Der Regierungsrat bewilligte im Juni des Berichtsjahres eine gebundene Ausgabe von 16 Millionen Franken zur weiteren Projektierung. Der Bau der Strecke zwischen Holzerhurd und Radiostudio ist für die Jahre 2024 bis 2027 vorgesehen.

Coronakrise und ihre Auswirkungen auf den öffentlichen Verkehr

Die Coronakrise mit ihren Lockdowns und internationalen Reisebeschränkungen hatte im Berichtsjahr grosse Auswirkungen auf den öffentlichen Verkehr und den Flughafen Zürich. Ab März des Berichtsjahres wurde das Angebot im öffentlichen Verkehr teilweise stark reduziert, wofür Abonentinnen und Abonenten finanziell entschädigt wurden. Das nationale Schutzkonzept für Fahrgäste und Personal konnte schnell umgesetzt werden. Wegen der Ertragsausfälle aufgrund der Coronapandemie fällt das Defizit des Zürcher Verkehrsverbundes im Berichtsjahr deutlich höher aus als budgetiert.

Der Flugverkehr kam zwischen April und Juni des Berichtsjahres beinahe komplett zum Erliegen. Trotzdem blieb der Flughafen Zürich immer offen und in Betrieb, um die Infrastruktur für Fracht-, Repatriierungs- und Ambulanzflüge aufrechtzuerhalten. So wurde ein entscheidender, landesweiter Beitrag zur Bewältigung der Krise geleistet.

«Veloverkehr als aktive und nachhaltige Mobilität schont Ressourcen und sorgt für mehr Lebens- und Wohnqualität. Von der Strategie bis zur Detailausarbeitung: Planung und Projektierung von Veloinfrastruktur ist eine ämterübergreifende Aufgabe des Kantons.»

**Viktoria Herzog, Projektleiterin Koordinationsstelle Veloverkehr, Amt für Mobilität (Mitte),
Urs Günter, Leiter Fachstelle Fuss- und Wanderwege, Amt für Mobilität (rechts),
Marc Stutz, Projektleiter, Tiefbauamt (links)**



Legislaturziel RRZ 6: Die steigende Nachfrage nach Mobilität bewältigen

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 6a Den in den regionalen Richtplänen verankerten Velonetzplan mit speziellem Fokus auf die urbanen Räume und einem effizienten Mitteleinsatz umsetzen</p> <p>Im Berichtsjahr wurden Bestellungen für Radwegprojekte im Umfang von 25 Millionen Franken ausgelöst. Dies übertrifft die gesetzlichen Vorgaben um 10 Millionen Franken. Die Priorität liegt auf den urbanen Agglomerationsräumen. So sind zum Beispiel eine Veloschnellroute in Wallisellen und eine Velohauptverbindung in Dietlikon geplant. Um die Schwachstellen im Velonetz gemäss Velonetzplan zu beheben, werden so viele Projekte ausgelöst, wie mit den für die Planung und Realisierung vorhandenen Ressourcen umgesetzt werden können. Damit das Velonetz in Zukunft noch mehr genutzt wird, beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat, das Veloförderprogramm mit einem zielgerichteten Massnahmenkatalog zu verlängern.</p>	Planmässig	VD
<p>RRZ 6b Zentrale Infrastrukturprojekte wie Rosengartentram und -tunnel, Ortsumfahrungen und -durchfahrten oder Projekte des Güterverkehrs vorantreiben</p> <p>Die Umfahrungen Grüningen, Neeracher Ried und Eglisau konnten im Berichtsjahr weiter vorangebracht werden. Sie werden alle drei voraussichtlich 2021 dem Tiefbauamt zur Projektierung übergeben oder politischen Entscheidungskörpern zugeführt. Das Projekt Rosengartentram und -tunnel wurde bezüglich seines Kredits und Spezialgesetzes vom Volk abgelehnt. Andere Massnahmen zur Lösung der Problematik fallen nun wieder in die Zuständigkeit der Stadt Zürich.</p>	Planmässig	VD
<p>RRZ 6c Eine Plattform «Dialog Mobilität der Zukunft» etablieren</p> <p>Das Projekt verzögert sich aufgrund der Einschränkungen durch die Coronakrise und fehlender Personalressourcen.</p>	Verzögert	VD
<p>RRZ 6d Schlüsselprojekte des öffentlichen Verkehrs wie Brüttener Tunnel und Bahnhof Stadelhofen durch erfolgreiches Lobbying beim Bund unterstützen</p> <p>Die Projekte Brüttener Tunnel und Bahnhof Stadelhofen wurden erfolgreich in den nationalen STEP-Ausbaustritt 2035 aufgenommen.</p>	Abgeschlossen	VD
<p>RRZ 6e Siedlungsverträglichkeit der Staatsstrassen in Ortszentren verbessern mit Fokus auf Geschwindigkeit, Trennwirkung, Sicherheit, Velo- und Fussverkehr sowie Aufenthaltsqualität</p> <p>Bei den Ortsdurchfahrten in Gossau, Schwerzenbach, Riedikon/Uster, Brüttsellen und Flaach konnten wichtige Etappenziele in Form von abgeschlossenen Vorstudien oder relevanten Entscheidungen erreicht werden. Neben Massnahmen zur Verbesserung der Siedlungsverträglichkeit wurde auch die Situation bezüglich Lärm beurteilt. Dazu wurden neben dem Einbau von lärmarmen Belägen auch Entscheide zugunsten von Temporeduktionen gefällt, wenn sich dadurch neben der Lärmproblematik auch die Verkehrssituation und die Sicherheit verbessern liessen.</p>	Planmässig	VD

Umwelt und Raumordnung

Klimaschutz

Im Berichtsjahr konnte ein Entwurf der langfristigen Klimastrategie fertiggestellt werden (siehe RRZ 7a). Konkrete Schritte zur Dekarbonisierung des Kantons sind aber bereits in Angriff genommen worden. Mit der Revision des Energiegesetzes will der Regierungsrat den Klimaschutz im Gebäudebereich verstärken, da dort schweizweit am meisten CO₂-Emissionen anfallen. Das im Mai des Berichtsjahres dem Kantonsrat vorgelegte Gesetz verlangt, dass neue Bauten möglichst wenig Energie benötigen und die Kälte- und Wärmeerzeugung CO₂-neutral erfolgt. Neubauten sollen zudem einen Teil des von ihnen benötigten Stroms selber produzieren, vor allem mittels Photovoltaikanlagen auf dem Dach oder in der Fassade. Steht der Ersatz einer Heizung in bestehenden Bauten an, darf diese nur noch durch eine neue, klimabelastende Öl- oder Gasheizung ersetzt werden, wenn die klimaneutrale Wärmeversorgung über ihre gesamte Lebensdauer mehr als fünf Prozent teurer wäre. Da die höheren Anfangsinvestitionen von Wärmepumpen viele Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer abschrecken, startete im Juli des Berichtsjahres das neue, stark ausgebaut Energieförderprogramm des Kantons. Dabei wird die Umstellung auf ein klimaneutrales Heizsystem durch Fördermittel unterstützt. Über die ganze Lebensdauer betrachtet dürften so in der Regel keine höheren Kosten anfallen als für eine Öl- oder Gasheizung. Mit dem Förderprogramm setzte der Regierungsrat auch ein volkswirtschaftlich bedeutendes Zeichen. Denn bei Investitionen in klimaneutrale anstelle von öl- und gasbetriebenen Heizsystemen bleibt die wirtschaftliche Wertschöpfung vermehrt im Land, statt in die Förderländer von Erdöl und Erdgas abzufließen.

Gegenvorschlag Naturinitiative

Die Biodiversität im Kanton hat in den letzten Jahrzehnten stark abgenommen, wobei sich dieser Prozess weiter beschleunigt. Vor diesem Hintergrund haben verschiedene Naturschutzorganisationen und der Fischereiverband die kantonale Volksinitiative «Rettet die Zürcher Natur (Naturinitiative)» eingereicht. Die Initiative fordert eine massgebliche Erhöhung der Einlagen in den Natur- und Heimatschutzfonds.

Der Regierungsrat teilt das Anliegen der Initiantinnen und Initianten und ist ebenfalls der Meinung, die Massnahmen zur Verbesserung des Zustandes der Biodiversität müssten verstärkt werden (siehe RRZ 7c). Die Initiative weist jedoch gewisse Mängel auf, die ihre Umsetzbarkeit und ihre politische Akzeptanz infrage stellen. Der Regierungsrat stellt daher einen Gegenvorschlag auf, der die wesentlichen Bestandteile der Initiative übernimmt, jedoch eine Flexibilisierung und schrittweise Erhöhung der Fondseinlagen vorsieht. So bleiben finanzpolitische Entscheidungsspielräume erhalten, die Kosten kalkulierbar, und es bleibt genug Zeit, die nötigen Projekte und Kapazitäten aufzubauen.

Im Berichtsjahr hat die zuständige Kommission des Kantonsrates den Gegenvorschlag beschlossen und dabei die anzustrebende Mindesteinlage in den Natur- und Heimatschutzfonds sowie den jährlichen Anstieg bis zum Erreichen der Mindesteinlage erhöht.

«Eine grosse Artenvielfalt ist ein kostbares Gut. Es ist wichtig, dass wir gemeinsam unsere Natur pflegen und erhalten, denn ohne Artenvielfalt verarmt unser Kanton.»

Beat Gisler, Förster, Amt für Landschaft und Natur

Legislativziel RRZ 7: Die Belastung von Raum, Umwelt und Infrastruktur reduzieren, einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und die Auswirkungen des Wachstums von Bevölkerung und Mobilität bewältigen

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 7a Eine langfristige Klimastrategie und ein Vorgehen zur Dekarbonisierung definieren</p> <p>Der Entwurf der langfristigen Klimastrategie wurde im Berichtsjahr erstellt. Die Vernehmlassung und Beschlussfassung erfolgen 2021.</p>	Planmässig	BD
<p>RRZ 7b Die Massnahmenpläne «Verminderung der Treibhausgase» und «Anpassung an den Klimawandel» überprüfen und aktualisieren</p> <p>Diese Arbeiten sind von der Klimastrategie (siehe RRZ 7a) abhängig und werden nach deren Vorliegen 2021 gestartet.</p>	Planmässig	BD
<p>RRZ 7c Massnahmen zur Verbesserung des Zustandes der Biodiversität verstärken</p> <p>Das Projekt «Zielorientierte Biodiversitätsförderung» wurde im Berichtsjahr gestartet. Die Arbeiten gemäss Naturschutz-Gesamtkonzept wurden planmässig fortgeführt.</p>	Planmässig	BD
<p>RRZ 7d Geeignete Instrumente entwickeln, um Wohnen, Erholung und Arbeit näher zusammenzubringen</p> <p>Die Massnahme fand im Berichtsjahr Beachtung in den Planungsinstrumenten, insbesondere in den regionalen Richtplänen.</p>	Planmässig	BD
<p>RRZ 7e Die Siedlungsentwicklung im Umfeld der leistungsfähigen Haltepunkte des öffentlichen Verkehrs verstärken sowie die Siedlungsentwicklung nach innen ermöglichen</p> <p>Die Massnahme wurde in der Richt- und Nutzungsplanung konsequent angewendet, namentlich bei der Entwicklung von Bahnhofumfeldern.</p>	Planmässig	BD
<p>RRZ 7f Regionale Gesamtverkehrskonzepte in Gebieten mit hohem Abstimmungsbedarf Siedlung und Verkehr erarbeiten und deren Umsetzung vorantreiben</p> <p>Das regionale Gesamtverkehrskonzept (rGVK) Zimmerberg wurde im Berichtsjahr abgeschlossen. Das rGVK Unterland plus befindet sich in Bearbeitung. Der Projektauftrag für das rGVK Pfannenstil wurde mit den Partnern bereinigt, dessen Erarbeitung beginnt Anfang 2021.</p>	Planmässig	VD

Volkswirtschaft

Auswirkungen der Coronakrise auf die Zürcher Wirtschaft

Die Coronakrise traf die Zürcher Wirtschaft hart. Die reale Wirtschaftsleistung ist gegenüber dem Vorjahr um schätzungsweise 3,9 Prozent eingebrochen. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote betrug im Berichtsjahr 3,1 Prozent und somit einen ganzen Prozentpunkt mehr als im Vorjahr. Dies liegt im gesamtschweizerischen Vergleich zwar leicht über dem Durchschnitt, zu Beginn der Coronapandemie wurde jedoch mit einer viel stärkeren Zunahme gerechnet.

Ein wesentliches Mittel zur Verhinderung einer grossen Entlassungswelle war die Kurzarbeit. Die vom Kanton zu bearbeitenden Voranmeldungen von Kurzarbeit explodierten im März des Berichtsjahres von knapp zehn Gesuchen pro Monat auf rund 30 000 innerhalb weniger Wochen. Im April des Berichtsjahres befand sich rund ein Drittel der Beschäftigten im Kanton in Kurzarbeit. Der vom Amt für Informatik der Finanzdirektion programmierte Software-Roboter zur Bearbeitung dieser Eingabeflüsse wurde von SAP Schweiz mit einem Innovationspreis ausgezeichnet.

Round-Table-Gespräche mit Wirtschaft

Massnahmen zur wirtschaftlichen Abfederung der Coronakrise müssen nicht nur zügig eingeführt werden, sondern auch breit abgestützt und akzeptiert sein. Im April und Mai des Berichtsjahres luden die Volkswirtschaftsdirektion und die Finanzdirektion zu insgesamt acht Round-Table-Gesprächen mit Wirtschafts- und Verbandsvertreterinnen und -vertretern. Schutzkonzepte, Härtefallhilfen und Kurzarbeit waren wiederkehrende Themen dieser Treffen. Ziel war es, branchenspezifische Vorschläge zu prüfen und Lösungen anzustossen. Die Gespräche trugen dazu bei, die betrieblichen Herausforderun-

gen der von der Krise und den behördlichen Massnahmen betroffenen Unternehmen besser zu erkennen und entsprechende Lösungsansätze gezielter auf Bundesebene einzubringen.

Kontrolle der Schutzkonzepte

Mit der vorbildlichen Umsetzung und Einhaltung von Schutzkonzepten leisteten die Zürcher Unternehmen einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung des Coronavirus. Das Arbeitsinspektorat führte in Zusammenarbeit mit der SUVA und der Kantonspolizei mehrheitlich präventive Kontrollen zur Überprüfung der Schutzmassnahmen in Betrieben durch. Das Augenmerk lag dabei auf besonders exponierten Bereichen wie Logistik- und Verteilzentren, Call-Centern, Bäckereien und Gastronomiebetrieben. Die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber nehmen ihre Verantwortung zum Schutz der Angestellten sowie der Kundinnen und Kunden wahr. Gemessen an der Anzahl Kontrollen gab es nur wenige Beanstandungen oder Anzeigen aufgrund von Missachtungen der Schutzmassnahmen. Offene Fragen konnten meist vor Ort geklärt werden, punktuell fanden Nachkontrollen statt.

Innovationspark

Der kantonale Gestaltungsplan «Innovationspark Zürich» (siehe RRZ 8b) wurde im Juli des Berichtsjahres durch das Verwaltungsgericht aufgehoben. In seinem Entscheid kam es zum Schluss, dass das Instrument des kantonalen Gestaltungsplans für die beabsichtigte Planung nicht angewendet werden könne. Aufgrund der grossen wirtschaftlichen und politischen Tragweite des Innovationsparks beschloss der Regierungsrat, den Entscheid an das Bundesgericht weiterzuziehen.

«Gemeinsam durch die Krise: Um aktuelle Probleme und Herausforderungen zu diskutieren und Lösungen zu finden, standen wir während der Coronakrise mit den besonders stark betroffenen Branchen in einem steten Austausch und führten Round-Table-Gespräche durch. So waren wir nah am Puls und konnten rasch und gezielt auf Anliegen der Wirtschaft reagieren.»

Dr. Andrea Engeler, Chefin Amt für Wirtschaft und Arbeit



Um eine drohende Pattsituation zu verhindern, leitete der Regierungsrat parallel zum Weiterzug des Gerichtsurteils eine Teilrevision des kantonalen Richtplans ein, um damit die rechtlichen Grundlagen für eine Weiterentwicklung des Standortareals Flugplatz Dübendorf zu schaffen. Um die verschiedenen geplanten Nutzungen des Areals – Innovationspark, Zivilaviatik und Mili-

tärbasis – besser aufeinander abzustimmen, rief der Regierungsrat zudem eine Taskforce ins Leben, die den Bund, den Kanton, die Gemeinden, die Stiftung Innovationspark und weitere zentrale Anspruchsgruppen einbindet. Sie wird einen Synthesebericht erarbeiten, der das gemeinsame Zielbild für eine künftige Nutzung des Areals umfasst.

Legislativziel RRZ 8: Die Rahmenbedingungen für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft im Kontext der Digitalisierung sind zeitgemäss

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 8a Das Angebot an digitalen Arbeitsmarktlichen Massnahmen auf- und ausbauen</p> <p>Mit einem externen Anbieter wurde die kostenlose Nutzung von Onlinekursen durch Stellensuchende vereinbart. Zusätzlich wurde Stellensuchenden das Angebot an Onlinekursen des Suchportals EDU-KATIKO zugänglich gemacht. Das Suchportal enthält unter anderem über 5000 kostenlose Onlinekurse aus 22 Fachbereichen. Bei den bestehenden Strategiekursen zur Förderung der Bewerbungskompetenz stehen sämtliche Module allen Zielgruppen von Stellensuchenden auch als E-Learning/Distance-Learning zur Verfügung. Erste E-Learning-Elemente wurden ausserdem bei den bestehenden Deutschkursen sowie bei Programmen zur vorübergehenden Beschäftigung und den Motivationssemestern implementiert.</p>	Planmässig	VD
<p>RRZ 8b Den Innovationspark zur Förderung einer breit diversifizierten Wirtschaft unterstützen</p> <p>Die Entwicklung des Innovationsparks verzögert sich durch das Verwaltungsgerichtsurteil vom 8. Juli des Berichtsjahres. Eine Taskforce wurde eingesetzt, um die Planung raschmöglichst voranzubringen. Der Kanton wirkte in Arbeitsgruppen zu Themen wie Entwicklungskonzept oder Branding mit. Bei Ansiedlungsprojekten wurde der Innovationspark mit seinem Übergangsbereich in Stettbach als Warteraum eingebracht. Ein Austausch zwischen dem Innovationspark und den regionalen Standortförderungen mit Fokus auf Kooperationsmöglichkeiten wurde initiiert und moderiert.</p>	Verzögert	VD
<p>RRZ 8c Schlüsselunternehmen erhalten und die Massnahmen mit Indikatoren fortlaufend bewerten</p> <p>Die Erarbeitung eines Indikatorensets für die systematische Pflege der Schlüsselunternehmen ist in Erarbeitung. Bei der Hochschule St. Gallen wurde eine Befragung zu den Auswirkungen der Coronapandemie auf die Zürcher KMU in Auftrag gegeben. Der Austausch mit ausgewählten Vertretungen aus Wirtschaft, Verbänden und Wissenschaft im Rahmen des Standortdialogs im November wurde genutzt, um Ideen zu entwickeln, wie der Kanton als Wirtschaftsmotor der Schweiz die Coronakrise bestmöglich bewältigen kann und für die Zeit danach gerüstet ist.</p>	Planmässig	VD
<p>RRZ 8d Die volkswirtschaftlich bedeutsamen technologischen und digitalen Entwicklungen mittels Horizon Scanning frühzeitig erkennen, evaluieren und mit den Beteiligten diskutieren</p> <p>Die Massnahme des Horizon Scanning wird in dieser Form nicht weiterverfolgt. Weiterhin ein Thema der Standortförderung ist die Identifikation von Trends und die damit verbundenen zukünftigen Herausforderungen, unter anderem als Teil der Strategieentwicklung.</p>	Verzichtet	VD



Finanzen und Steuern

Corona-Notstandsmassnahmen und Härtefallprogramm

Um die Einkommen und Arbeitsplätze im Kanton zu stützen, beschloss der Regierungsrat, nur zwei Tage nach der Veröffentlichung der Massnahmen des Bundes, verschiedene Notstandsmassnahmen. Diese erfolgten in Ergänzung zu den Bundesbeschlüssen und kamen auch dort zum Einsatz, wo die Instrumente des Bundes nicht griffen. Im Zentrum stand eine Kreditausfallgarantie zugunsten von zwölf teilnehmenden Banken unter Führung der Zürcher Kantonalbank (ZKB) im Umfang von 425 Millionen Franken, mit der Kredite zuhanden von Zürcher KMU abgesichert wurden. Die Banken haften dabei mit 15 Prozent, was ein Kreditvolumen von insgesamt 500 Millionen Franken ergibt. Die Kreditausfallgarantie wurde nachträglich auch zur Finanzierung von Start-ups eingesetzt. Bis Ende Oktober des Berichtsjahres wurden 116 Kredite mit einem Gesamtvolumen von 103,2 Millionen Franken abgesichert, wovon 69 Kredite über 56,9 Millionen Franken an Start-ups gingen. Der Regierungsrat bewilligte weiter 15 Millionen Franken aus der Jubiläumsdividende der ZKB zur schnellen Unterstützung von Selbstständigerwerbenden. Weitere Massnahmen betrafen den Aufschub der Einreichung der Steuererklärung sowie die Stundung der definitiven Steuerrechnungen, die Verlängerung der Zahlungsfristen für Rechnungsempfänger des Kantons und die schnellere Zahlung von Lieferantenrechnungen. Ab November des Berichtsjahres wurde das Covid-19-Härtefallprogramm erarbeitet, das besonders betroffene Unternehmen der Event-, Gastro-, Reise- und Tourismusbranche staatliche Unterstützung ermöglichte, wenn akute Umsatzrückgänge zu verzeichnen waren.

Volksinitiativen zum Steuersystem

Gleich zwei Initiativen zur Steuerpolitik wurden der Bevölkerung im Berichtsjahr vorgelegt. Dass diese in der Bevölkerung aber breit verankert und akzeptiert ist, zeigten die Abstimmungsergebnisse. Die Initiative «Für die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen (Entlastungsinitiative)» wurde mit 58 Prozent Nein-Stimmen-Anteil abgelehnt. Sie wollte die tiefen und mittleren Einkommen bis rund 120 000 Franken entlasten und die höheren Einkommen stärker besteuern. Dazu wollte sie die Progression des Einkommenssteuertarifs verschärfen. Die «Mittelstandsinitiative – weniger Steuerbelastung für alle» wurde mit 70 Prozent Nein-Stimmen-Anteil abgelehnt. Mit ihr sollte bei der Einkommenssteuer eine Entlastung aller Steuerpflichtigen eingeführt werden.

«Mit den Finanzen verbinden wir die vielfältigen Aufgaben und Organisationseinheiten im Kanton Zürich zu einem grossen Ganzen.»

Basilius Scheidegger, Chef Finanzverwaltung

Legislaturziel RRZ 9: Das Ressourcenpotenzial des Kantons ist gestärkt

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 9a Die interkantonale Leistungsabteilung im nächsten Wirksamkeitsbericht zum nationalen Finanzausgleich diskutieren und neue Lösungen vorschlagen</p> <p>Das Anliegen wurde in die interkantonalen Gremien eingebracht. Zudem wurden die Projektgrundlagen erarbeitet und eine kantonsinterne Arbeitsgruppe gebildet, um die Position des Kantons zu erarbeiten.</p>	Planmässig	FD
<p>RRZ 9b Die Unternehmenssteuerreform (SV17) vollständig umsetzen und dabei die Konkurrenzfähigkeit des Kantons erhalten und das Steuersubstrat sichern</p> <p>Die mit Vorlage 5495 vom 1. April 2019 in Aussicht gestellte weitere Senkung des Gewinnsteuersatzes auf 6 Prozent per 1. Januar 2023 ist aufgrund der finanziellen Lage verzögert.</p>	Verzögert	FD
<p>RRZ 9c Unter Berücksichtigung des finanziellen Spielraums sinnvolle und wirksame Massnahmen zum Erhalt des Steuersubstrats der natürlichen Personen ermitteln und gegebenenfalls Steuergesetzrevision vorlegen</p> <p>Im Rahmen der Beratungen der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 377/2016 betreffend Reduktion der Besteuerung von Kapitaleistungen aus Vorsorge hat der Regierungsrat einen Vorschlag zur Anpassung des Vorsorgetarifs an die heutigen Gegebenheiten unterbreitet. In der Folge hat der Kantonsrat am 14. Dezember des Berichtsjahres eine diesem Vorschlag entsprechende Anpassung des Steuergesetzes beschlossen. Mit dieser Anpassung verbessert sich auch die Position des Kantons im interkantonalen Vergleich. Zudem wurde ein Gutachten zur Vermögensbesteuerung in Auftrag gegeben.</p>	Planmässig	FD
<p>RRZ 9d Die Diversität der Wirtschaft stärken und aufrechterhalten, um die Gefahr von Branchenabhängigkeit zu vermeiden</p> <p>Die Clusterstrategie wurde im Berichtsjahr weiterverfolgt mit dem Ziel, Akzente in ausgewählten Branchen zu setzen. Ergänzend wurde das Thema künstliche Intelligenz aufgegriffen, das zu einer stärkeren Vernetzung über die Branchen hinweg beiträgt. Pandemiebedingt konnten einige Vorhaben nicht wie geplant verfolgt werden. Stattgefunden haben dennoch – wenn auch teilweise in virtueller Form – rund 30 Anlässe. Unter anderem die zweite Life Science Zurich Impact Conference, zwei Polit Talks Digitales Zürich, ein Creative Zürich Wednesday, das Swiss Green Economy Symposium, mehrere Lifefair-Foren und der Future-Finance-Anlass. Verbunden mit der Partnerschaft mit der chinesischen Provinz Guangdong fand der dritte Financial Round Table statt. Mit dem Relaunch der kantonalen Webseite gingen die Clusterdaten in neuem Layout live.</p>	Planmässig	VD

Allgemeine Verwaltung

Neue digitale Angebote

Der Kanton lancierte und überarbeitete im Berichtsjahr mehrere digitale Angebote, die externen Nutzerinnen und Nutzern den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen vereinfachen oder interne Abläufe verkürzen (siehe RRZ 10a).

Im Juli wurde der neue, visuell und inhaltlich modernisierte kantonale Webauftritt aufgeschaltet. Mit jährlich 16 Millionen Besuchen und 42 Millionen Seitenaufrufen ist zh.ch die wichtigste Informations- und Serviceplattform der kantonalen Verwaltung. Die Onlinedienste sind neu konsequent nach Themen geordnet und erleichtern somit den Zugang für die Bevölkerung. Grosse Bedeutung wird der Barrierefreiheit beigemessen. Dazu wurde bereits früh im Projekt mit der Stiftung «Zugang für alle» zusammengearbeitet. Das Angebot an Information und Onlinediensten wird stetig entlang den Bedürfnissen der Nutzenden weiterentwickelt.

Die neu entwickelte Webapplikation eVernehmlassung ermöglicht eine sichere Erfassung und Übermittlung von Stellungnahmen. Das zeitsparende neue Verfahren kommt erstmals bei der öffentlichen Auflage der Richtplanteilrevision 2020 zum Einsatz. Anfang Februar des Berichtsjahres konnte auch der Betrieb der Onlineplattform eBaugesucheZH aufgenommen werden, mit welcher der Baubewilligungsprozess im Kanton digitalisiert wurde. Um weitere interne Abläufe zu vereinfachen, soll mit dem Projekt «Datenmanagement & Data-Governance» die bereichsübergreifende Datennutzung vereinfacht werden.

Umsetzung der Personalstrategie

Die Personalstrategie 2019–2023 umfasst verschiedene strategische Projekte, welche die kantonale HR-Arbeit modernisieren und den Kanton als attraktiven Arbeitgeber positionieren sollen (siehe RRZ 10e). Im Berichtsjahr wurden diese Projekte weiter vorangetrieben.

Für eine effizientere Leistungsabwicklung werden im Projekt «HR-Geschäftsmodell» die internen Prozesse beleuchtet und wo nötig angepasst. Im Berichtsjahr wurde dazu die Analyse-

phase abgeschlossen. Sie umfasst Interviews mit Schlüsselpersonen und einen Vergleich mit acht Benchmarkingpartnern. Die Anstellungsbedingungen im Kanton sind attraktiv, in einigen Punkten besteht jedoch Handlungsbedarf. Im entsprechenden Projekt wurden Einzelbedürfnisse abgefragt, zu Themenblöcken zusammengefügt, mit internen und externen Stakeholdern diskutiert und schliesslich priorisiert.

Auch im Projekt Arbeitgebermarketing konnten die Arbeiten mit einer direktionsübergreifenden Projektgruppe gestartet werden. Die vielen Vorteile einer Anstellung beim Kanton werden für bestehende und zukünftige Mitarbeitende sichtbar gemacht.

Die Verwaltung während der Coronakrise

Die Mitarbeitenden waren zu einem grossen Teil in irgendeiner Form in die Bekämpfung der Coronapandemie eingebunden, erbrachten aber weiterhin die gesetzlich festgehaltenen Leistungen. Dies war nur durch zusätzlichen individuellen Effort und gesamtantonale Massnahmen möglich. So wurden Arbeitskräfte aus verschiedenen Ämtern und Direktionen temporär in Organisationseinheiten eingesetzt, die aufgrund der Coronapandemie besonders stark belastet waren.

Zum Schutz der Mitarbeitenden wurde die Arbeitstätigkeit vermehrt ins Homeoffice verlagert, was den Kanton vor Herausforderungen stellte. Zwar war bereits Infrastruktur zum arbeitsplatzunabhängigen Arbeiten vorhanden, allerdings nicht in allen Verwaltungseinheiten und nicht in genügender Anzahl. Die ausserordentliche Situation konnte jedoch gut gemeistert werden. Das Amt für Informatik richtete innert kürzester Zeit eine virtuelle Meetingplattform ein, führte Bandbreitenerhöhungen durch und stellte zusätzliche Hardware zur Verfügung. So konnte der Kanton seine vielfältigen Aufgaben auch unter erschwerten Bedingungen erbringen.

Eine Krise stellt Prozesse und Arbeitsabläufe auf die Probe und muss so auch als Chance zu deren Weiterentwicklung und Anpassung verstanden werden. Der Regierungsrat hat deshalb

«Unser neuer Webauftritt bietet Informationen und Dienste thematisch geordnet an. Gewisse Themen werden von verschiedenen Ämtern gemeinsam gepflegt, sodass die Nutzerinnen und Nutzer alles zu einem Thema an einem Ort vorfinden.»

Roger Zedi, Product Owner ZHweb, Staatskanzlei



beschlossen, eine Evaluation des Krisenmanagements zur Bewältigung der ersten Phase der Coronapandemie in Auftrag zu geben. Sie untersucht das Krisenmanagement, die Massnahmen zur Sicherstellung des Verwaltungsbetriebs und zum

Schutz der Mitarbeitenden sowie die für die Bewältigung der Krise massgeblichen Rechtsgrundlagen. Die mit dem Auftrag betraute Beratungsfirma legte bis zum Ende des Berichtsjahres einen Entwurf vor.

Legislativziel RRZ 10: Die Verwaltungsstrukturen sind an die Aufgabenerfüllung angepasst, die Attraktivität als Arbeitgeber ist gestärkt und mit der digitalen Transformation ist das Leistungsangebot konsequent auf die Kundenbedürfnisse ausgerichtet

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 10a Die Umsetzung der Strategie Digitale Verwaltung 2018–2023 unterstützen, das Impulsprogramm weiterentwickeln und die Erneuerung der Strategie ab 2023 vorbereiten</p> <p>Die Zwischenevaluationen der Strategie Digitale Verwaltung und des Impulsprogramms sind abgeschlossen. Die Resultate wurden dem Steuerungsgremium Digitale Verwaltung und IKT vorgestellt. Die Optimierungsvorschläge, insbesondere die Ergänzung des Impulsprogramms durch Strategische Initiativen wurden diskutiert und deren Konkretisierung eingeleitet. Im Berichtsjahr wurden drei Projekte erfolgreich abgeschlossen und fünf neue gestartet. Insgesamt wurden 21 Projekte aktiv bearbeitet.</p>	Planmässig	SK
<p>RRZ 10b Den Kulturwandel zur Unterstützung der digitalen Transformation in der kantonalen Verwaltung in Gang setzen und erste Massnahmen umsetzen</p> <p>Die Initialisierung des Projekts IP5.2 Kulturwandel wurde abgeschlossen. Die Initialisierungsphase des Projekts IP6.5 Arbeiten in der Digitalen Verwaltung wurde mit der Auswertung der Mitberichtsantworten aus den Direktionen durch den Steuerungsabschluss ebenfalls abgeschlossen. Die Resultate werden mit Ergebnissen aus dem Projekt IP5.4 Digital Skills Offensive zusammengeführt und für die Umsetzung 2021 priorisiert.</p>	Planmässig	SK
<p>RRZ 10c Die Organisationsstrukturen und Prozesse der Verwaltung hinsichtlich der digitalen Transformation überprüfen, den Handlungsbedarf festlegen und Massnahmen einleiten</p> <p>Im Projekt IP6.5 Arbeiten in der Digitalen Verwaltung wurden im Berichtsjahr der Handlungsbedarf und die Stossrichtung festgelegt. Die Umsetzung soll im Rahmen der neu zu schaffenden Strategischen Initiativen erfolgen.</p>	Planmässig	Federführung SK, Umsetzung alle
<p>RRZ 10d Vermehrt digitale Angebote schaffen für Dienstleistungen und Behördenverkehr innerhalb der Verwaltung und gegen aussen</p> <p>Mit Beschluss Nr. 237/2020 erteilte der Regierungsrat den Projektauftrag und bewilligte die Ausgaben für das Projekt IP7.4 Erneuerung ZHservices. Seither wurde an der Beschaffung der Realisierungspartner gearbeitet.</p>	Planmässig	Federführung SK, Umsetzung alle
<p>RRZ 10e Die HR-Organisation des Kantons bezüglich Wirksamkeit und Effizienz überprüfen sowie ein zukunftsorientiertes HR-Geschäftsmodell für den Kanton entwickeln</p> <p>Die Analysephase des Projekts «HR-Geschäftsmodell» konnte im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Sie umfasste Interviews mit Schlüsselpersonen und einen Vergleich mit acht Benchmarkingpartnern.</p>	Planmässig	FD
<p>RRZ 10f Die Umsetzung des IKT-Programms voranbringen</p> <p>Im Berichtsjahr wurden nach öffentlichen Ausschreibungen verschiedene Aufträge für die Umsetzung vergeben. Die Beschaffung und die Einführung des Digitalen Arbeitsplatzes in den Direktionen erfolgen zeitlich gestaffelt ab 2021. Die Umsetzung des IKT-Programms ist auf Kurs.</p>	Planmässig	FD
<p>RRZ 10g Die Aufsicht über Bezirksbehörden und Gemeinden zur Erhaltung und Stärkung guter Rahmenbedingungen transparent organisieren</p> <p>Mit Beschluss Nr. 1189/2019 legte der Regierungsrat fest, dass die Bezirksbehörden periodisch visitiert werden. Im Berichtsjahr wurde das Aufsichtskonzept in Zusammenarbeit mit den Bezirksbehörden verfeinert. Ebenfalls erfolgte ein Zwischenbericht bezüglich Umsetzung der Portfolioanalyse.</p>	Planmässig	JI
<p>RRZ 10h Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden prüfen</p> <p>Das Projekt «Gemeinden 2030» wurde in thematischen Arbeitsgruppen zur Attraktivität der Miliztätigkeit, der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Kanton, der digitalen Transformation sowie der interkommunalen Zusammenarbeit vorangetrieben.</p>	Planmässig	JI

Finanzen im Überblick

Eckwerte

in Mio. Franken	Rechnung 2019	Budget 2020	Rechnung 2020	Differenz R 19/20	
				Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung					
Betrieblicher Ertrag	15846	15877	16159	314	2.0
Betrieblicher Aufwand	-15724	-16202	-16197	-473	-3.0
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	122	-324	-38	-160	> 100.0
Finanzertrag	532	473	770	237	44.5
Finanzaufwand	-88	-88	-233	-145	> 100.0
Finanzergebnis	444	385	536	92	20.7
Ausserordentliches Ergebnis					n.a.
Jahresergebnis	566	61	499	-68	-12.0
Investitionsrechnung					
Investitionseinnahmen	176	114	190	14	7.7
Investitionsausgaben	-1213	-1431	-1334	-121	-10.0
Saldo Investitionsrechnung	-1037	-1318	-1144	-107	-10.4
Finanzierungsrechnung					
Saldo Finanzierungsrechnung	176	-594	80	-95	-54.3
Bilanz					
Umlaufvermögen (UV)	5976		6516	540	9.0
– Finanzvermögen UV	5976		6516	540	9.0
Anlagevermögen (AV)	16499		17041	542	3.3
– Finanzvermögen AV	1353		1500	147	10.9
– Verwaltungsvermögen	15146		15542	395	2.6
Total Aktiven	22475		23557	1082	4.8
Kurzfristiges Fremdkapital	-6529		-6454	74	1.1
Langfristiges Fremdkapital	-5882		-6546	-665	-11.3
Eigenkapital	-10065		-10557	-492	-4.9
Total Passiven	-22475		-23557	-1082	-4.8
Geldflussrechnung					
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit	796		1579	783	98.5
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	-912		-1032	-120	-13.2
Geldfluss vor Finanzierungstätigkeit	-116		547	663	> 100.0
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	157		-142	-299	> 100.0
Zunahme Flüssige Mittel	41		405	364	> 100.0
Kennzahlen					
Selbstfinanzierungsgrad in %	116.9		107.0		
Verschuldung	4392		4279		

Beurteilung

Im Berichtsjahr konnte – wie in sämtlichen Rechnungsabschlüssen seit 2016 – ein Ertragsüberschuss im dreistelligen Millionenbereich erzielt werden. Der diesjährige Ertragsüberschuss entspricht dabei rund 3 Prozent des konsolidierten Ertrags von 16,9 Mrd. Franken. Das erfreuliche Ergebnis 2020 ist massgeblich auf die höhere Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank von 356 Mio. Franken sowie auf die Höherbewer-

tung von Liegenschaften im Finanzvermögen von 143 Mio. Franken zurückzuführen.

Der Selbstfinanzierungsgrad lag bei 107 Prozent, dies bei rekordhohen Investitionsausgaben von mehr als 1,3 Mrd. Franken. Die Nettoschulden verringerten sich von 4,39 auf 4,28 Mrd. Franken. Die Ratingagenturen Standard & Poor's und Fitch vergeben dem Kanton weiterhin die Höchstnote.

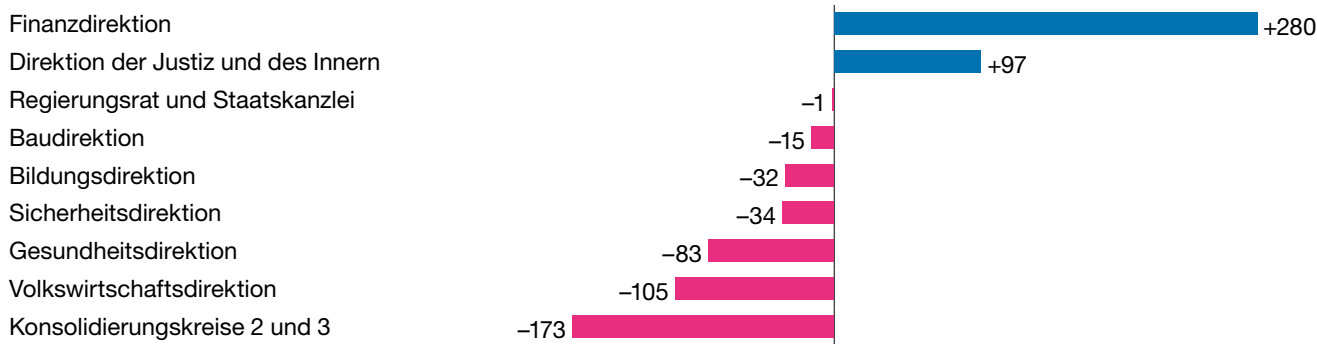


Stadthaus

Erläuterungen

Vergleich Rechnung 2020 mit Rechnung 2019

Saldo pro Direktion: Abweichung insgesamt -68 Mio. Franken



Die Erfolgsrechnung 2020 schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 499 Mio. Franken und damit um 68 Mio. Franken schlechter ab als 2019.

Wichtigste Veränderungen (in Millionen Franken):

+280 Finanzdirektion

- +294 Zinsen und Beteiligungen: vor allem höhere Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (+238), ZKB-Jubiläumsdividende (+100)
- 30 Nationaler Finanzausgleich

+97 Direktion der Justiz und des Innern

- +134 Kantonaler Finanzausgleich
- 22 Justizvollzug und Wiedereingliederung

-83 Gesundheitsdirektion

- 44 Beiträge an Krankenkassenprämien
- 25 Prävention und Gesundheitsförderung

-105 Volkswirtschaftsdirektion

- 62 Strassenfonds

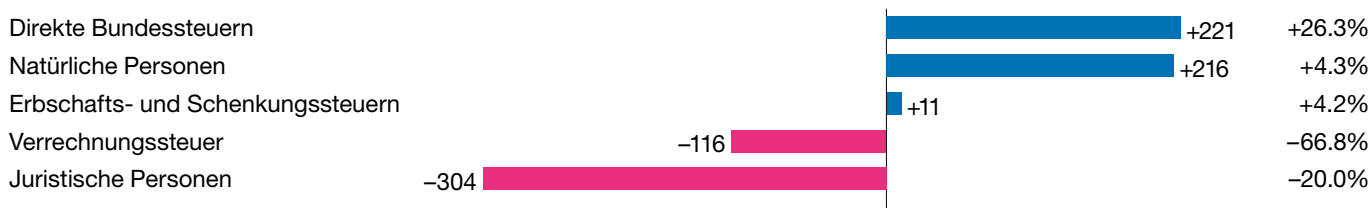
-173 Behörden, Rechtspflege und Anstalten

- 143 Spitäler: Universitätsspital Zürich (-98), Kantonsspital Winterthur (-33), Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (-7), Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (-5)
- 23 Universität Zürich

Der Saldo der Investitionsrechnung 2020 beträgt -1144 Mio. Franken (Vorjahr: -1037 Mio. Franken). Die Investitionsausgaben sind mit 1334 Mio. Franken um 121 Mio. Franken höher als im Vorjahr. Die Investitionseinnahmen betragen im Berichtsjahr 190 Mio. Franken und sind damit um 14 Mio. Franken höher als im Vorjahr.

Nettosteuererträge 2020

Abweichung gegenüber Rechnung 2019: +44 Mio. Franken (+0.6%)



Die Nettosteuererträge sind 2020 gegenüber dem Vorjahr um 44 Mio. Franken oder 0,6 Prozent gestiegen. Bei den Ertragspositionen sind vor allem die direkte Bundessteuer (+221 Mio. Franken) und die Staatssteuern bei den natürlichen Personen (+216 Mio. Franken) höher ausgefallen. Bei den juristischen Per-

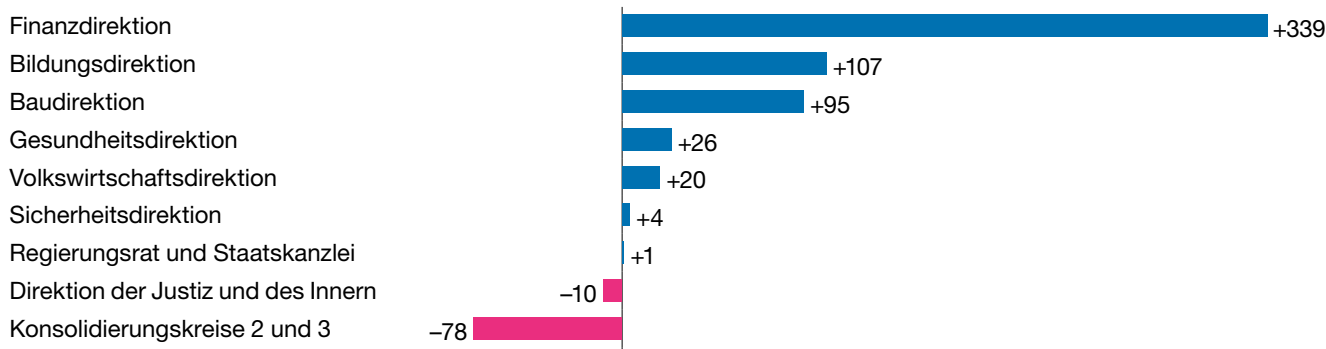
sonen resultiert eine Abnahme von 304 Mio. Franken. Letztere entsteht infolge Anpassungen der provisorischen Rechnungen aufgrund von Covid-19 sowie tieferen Nachträgen. Bei der Verrechnungssteuer ist der Ertrag wegen einer tieferen Auszahlung des Bundes um 116 Mio. Franken gesunken.

«Gemeinsam mit den 162 Gemeindesteuerämtern sorgen wir für die korrekte und transparente Erhebung der Staats- und Gemeindesteuern im Kanton. Die Nähe der Gemeinden zur Bevölkerung und die Expertise des Kantons bilden ein erprobtes, erfolgreiches Team.»

Manuela Mannhard-Merlo, Chefin Bereich Gemeinden, Steueramt

Vergleich Rechnung 2020 mit Budget 2020 (einschliesslich Nachtragskrediten)

Saldo pro Direktion: Abweichung insgesamt +503 Mio. Franken



Das Budget 2020 (einschliesslich Nachtragskrediten) sah ein Jahresergebnis von –5 Mio. Franken vor. Die Erfolgsrechnung 2020 schliesst damit um 503 Mio. Franken besser ab.

Wichtigste Veränderungen (in Millionen Franken)¹:

+339 Finanzdirektion

- +356 Höhere Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank
- +100 ZKB-Jubiläumsdividende
- 54 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen
- 50 Tiefere Steuererträge

+107 Bildungsdirektion

- +42 Berufsbildung
- +21 Zürcher Fachhochschulen
- +18 Kinder- und Jugendhilfe

+95 Baudirektion

- +143 Marktwertanpassungen infolge Neubewertung der Liegenschaften im Finanzvermögen
- 58 Ausserordentliche Wertberichtigung Kasernenareal

–78 Behörden, Rechtspflege und Anstalten

- 72 Universitätsspital Zürich
- 16 Universität Zürich

Die Investitionsausgaben liegen 291 Mio. Franken tiefer als budgetiert, die Investitionseinnahmen 76 Mio. Franken höher. Damit schliesst die Investitionsrechnung um 368 Mio. Franken besser ab als budgetiert.

¹ In Teil II des Geschäftsberichts wird das Budget 2020 einschliesslich Nachtragskrediten und Kreditübertragungen ausgewiesen. Die Abweichungen zur Rechnung 2020 fallen dort entsprechend anders aus.

Eigenkapital

Dank dem Ertragsüberschuss 2020 steigt das Eigenkapital auf rund 10,6 Mrd. Franken an.

Geldflussrechnung

Im Berichtsjahr haben die flüssigen Mittel um 405 Mio. Franken zugenommen. Aus betrieblicher Tätigkeit sind dem Staatshaushalt 1579 Mio. Franken zugeflossen, aus Investitionstätigkeit sind 1032 Mio. Franken abgeflossen. Dazu kommen Abflüsse aus Finanzierungstätigkeit von 142 Mio. Franken.

Kennzahlen

Im Berichtsjahr liegt der Selbstfinanzierungsgrad bei 107 Prozent. Damit konnten die Nettoinvestitionen vollständig aus Mitteln der Erfolgsrechnung finanziert werden und die Verschuldung – definiert als Fremdkapital abzüglich Finanzvermögen – nahm um 113 Mio. Franken auf rund 4,3 Mrd. Franken ab.

Ressourcen Personal

Hauptereignisse

Mit der Personalstrategie 2019–2023 wurden drei strategische Handlungsfelder festgelegt. Im Handlungsfeld «HR-Geschäftsmodell» wurde im Rahmen einer offenen Ausschreibung ein externer Anbieter evaluiert, der die HR-Organisation im Kanton Zürich analysierte und Empfehlungen für die zukünftige Ausrichtung abgeben wird. Dieser Meilenstein konnte dank der erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen Anbieter, Direktionen sowie Staatskanzlei und Personalamt planmässig erreicht werden. Für das Handlungsfeld «Anstellungsbedin-

gungen» wurden zunächst von den Interessierten Änderungsvorschläge erfragt und danach die rund 380 Rückmeldungen zu sechs Themenfeldern zusammengefasst. Der breit abgestützte Projektausschuss genehmigte diese Priorisierung, so dass die Arbeiten am Rechtsetzungskonzept 2021 beginnen können. Für die bevorstehende Ablösung des Personalmanagement- und Lohnadministrationssystems SAP Stäfa wurden eine Konzeptstudie erstellt und weitere Vorbereitungsarbeiten geleistet.

Finanzielle Entwicklung¹

	2019 Fr. 1000	2020 Fr. 1000	Differenz %
Personalaufwand			
Behörden, Kommissionen und Richter	-19 723	-14 666	-25.6
Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	-1 241 797	-1 275 667	2.7
Löhne der Lehrkräfte	-666 940	-682 188	2.3
Total Löhne	-1 928 461	-1 972 521	2.3
Temporäre Arbeitskräfte	-2 441	-2 970	21.7
Zulagen	-17 874	-18 359	2.7
Arbeitgeberbeiträge	-401 356	-413 301	3.0
Arbeitgeberleistungen	-7 085	-3 884	-45.2
Übriger Personalaufwand	-19 640	-16 060	-18.2
Total Personalaufwand Direktionen und Staatskanzlei	-2 376 856	-2 427 094	2.1

UBS-Lohnumfrage 2016 bis 2020 und Lohnrunde Kanton Zürich²

	2016	2017	2018	2019	2020
UBS-Lohnumfrage, Prognosewert Lohnrunde, %	0.5	0.6	0.7	1.0	0.8
UBS-Lohnumfrage, Tatsächlicher Wert Lohnrunde, %	0.5	0.7	0.8	0.9	0.8
Lohnrunde, Kanton Zürich, %	0.4	0.4	0.9	1.6	0.7

Lohnaufwand³

	2019 Fr. 1000	2020 Fr. 1000	Differenz %
Total Direktionen und Staatskanzlei	-1 926 727	-1 970 514	-2.3
Regierungsrat und Staatskanzlei	-9 689	-10 157	-4.8
Direktion der Justiz und des Innern	-200 742	-205 823	-2.5
Sicherheitsdirektion	-470 156	-472 520	-0.5
Finanzdirektion	-111 154	-117 493	-5.7
Volkswirtschaftsdirektion	-83 435	-86 145	-3.2
Gesundheitsdirektion	-41 851	-47 755	-14.1
Bildungsdirektion	-839 312	-855 171	-1.9
Baudirektion	-170 389	-175 450	-3.0

Beschäftigungsumfang

	Total	Angestellte ⁴	Übrige ⁵
Total Direktionen und Staatskanzlei	26 783.0	26 345.0	438.0
Regierungsrat und Staatskanzlei	67.5	60.1	7.4
Direktion der Justiz und des Innern	1 808.9	1 782.8	26.1
Sicherheitsdirektion	4 575.5	4 532.1	43.4
Finanzdirektion ⁶	1 172.6	975.4	197.2
Volkswirtschaftsdirektion	818.8	816.7	2.1
Gesundheitsdirektion	426.7	414.9	11.8
Bildungsdirektion	16 276.6	16 222.7	54.0
Baudirektion	1 636.4	1 540.4	96.0

¹ Die Personal- und Lohnstatistik beschränkt sich auf die dem Regierungsrat unterstellten Direktionen und die Staatskanzlei, d. h., die Behörden, die Rechtspflege, die selbstständigen und unselbstständigen Anstalten sind nicht Bestandteil der Statistik. Ein Auszug der Personal- und Lohnstatistik ist als Onlinepublikation verfügbar.

² Die Festlegungen zur Lohnentwicklung berücksichtigen die Lohnentwicklung bei Arbeitgebenden mit Bedeutung für den Wirtschaftsraum Zürich (UBS-Lohnumfragen), den kantonalen Finanzhaushalt und die Vorjahres-Lohnrunden der deutschsprachigen kantonalen Verwaltungen. In der Tabelle sind die Werte der UBS-Lohnumfrage der letzten fünf Jahre im Vergleich zu den Lohnrunden des Kantons (mit Teuerung, ohne Einmalzulagen) aufgeführt.

³ Lohnaufwand ohne Sanierungsprogramme (Finanzdirektion), Berufsbildungsfonds (Bildungsdirektion) und Natur- und Heimatschutzfonds (Baudirektion)

⁴ Angestellte in Volzeiteinheiten: Anstellungen gemäss Personalverordnung und Lehrpersonen (unbefristet und befristet)

⁵ Übriges Personal: Mitglieder von Behörden, Lernende, Praktikantinnen und Praktikanten

⁶ Mit unterstellten Lernenden (KV- und Informatiklernende)

Anstellungsverhältnisse per 31. Dezember 2020

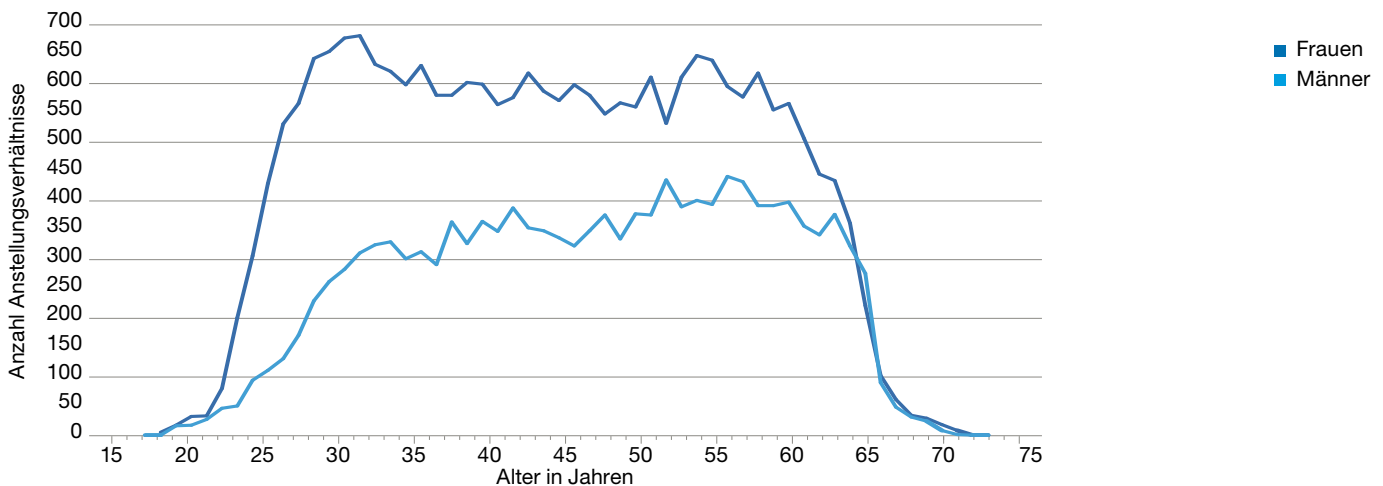
Total Direktionen und Staatskanzlei

	Total	Frauen	Männer	Vollzeit ¹	Teilzeit ²
Total Direktionen und Staatskanzlei	37 190	23 487	13 703	14 554	22 636
Regierungsrat und Staatskanzlei	70	27	43	46	24
Direktion der Justiz und des Innern	2 124	1 091	1 033	1 371	753
Sicherheitsdirektion	5 036	1 868	3 168	3 735	1 301
Finanzdirektion	1 089	511	578	830	259
Volkswirtschaftsdirektion	987	563	424	775	212
Gesundheitsdirektion	491	298	193	305	186
Bildungsdirektion	25 552	18 506	7 046	6 365	19 187
Baudirektion	1 841	623	1 218	1 127	714

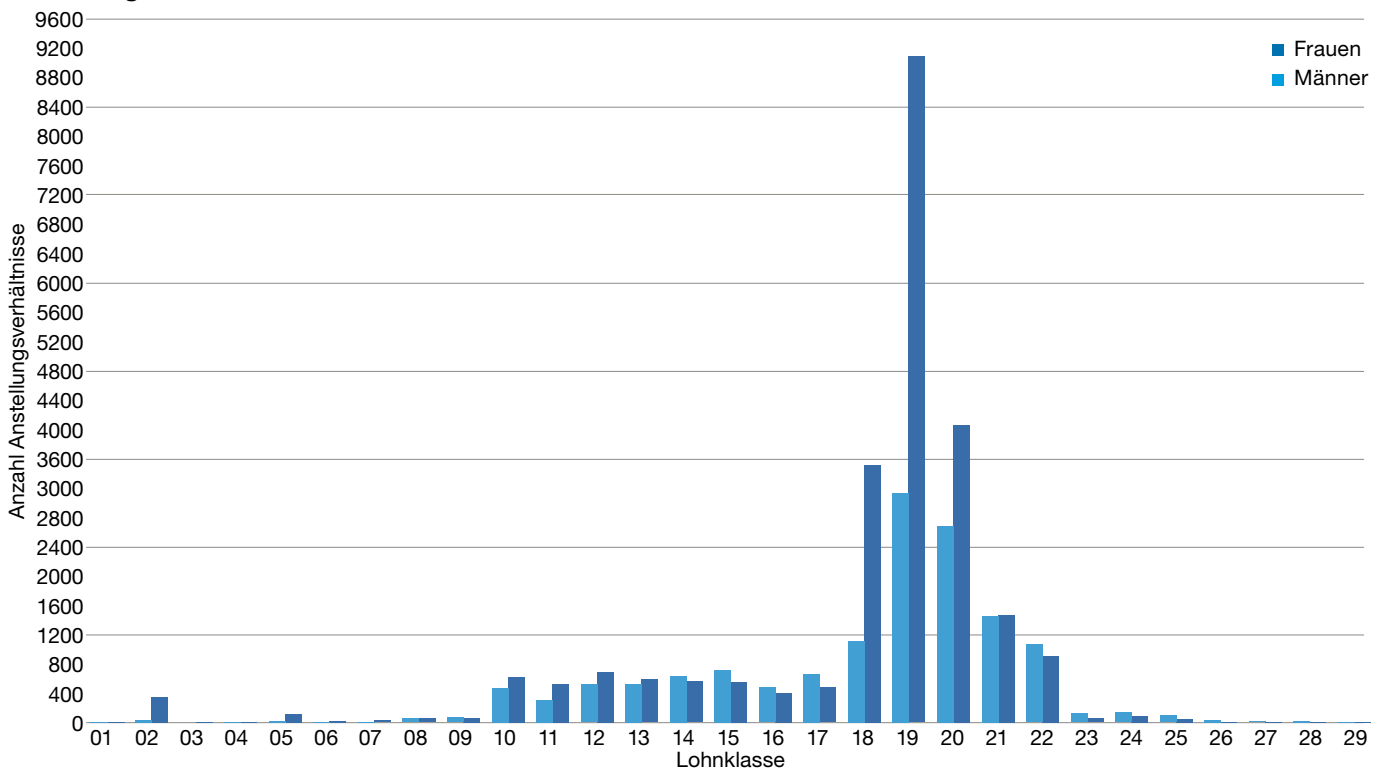
¹ Vollzeit = Beschäftigungsgrad ≥ 90%

² Teilzeit = Beschäftigungsgrad < 90%

Altersaufbau



Anstellungsverhältnisse Frauen und Männer nach Lohnklassen



«Die Verbindung zwischen Mensch und Tier in der Landwirtschaft ist sehr wichtig. Nur wenn man sich mit den Tieren gut versteht, kann man effizient und tiergerecht arbeiten.»
Janine Solenthaler, Lernende Landwirtin EFZ, Strickhof



Immobilien

Gebäudezustand der Immobilien im Verwaltungs- und Finanzvermögen

Die Baudirektion erfasst periodisch den baulichen Zustand und den erforderlichen laufenden Instandhaltungsbedarf. Die dadurch gewonnenen Erkenntnisse erlauben den gezielten Einsatz von Mitteln für die Werterhaltung der Gebäude, wodurch Folgeschäden und damit verbundene Mehrkosten vermieden werden können. Für die Analyse werden alle Liegenschaften mit einem Gebäudeversicherungswert von mindestens 1 Mio. Franken he-

rangezogen. Als Beurteilungskriterium wird das Verhältnis von Zustands- zu Neuwert (Z/N-Wert) ermittelt. Ein Wert von 1.0 entspricht dem Z/N-Wert eines Neubaus.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 721 Objekte im Verwaltungs- und Finanzvermögen überprüft. Der durchschnittliche Z/N-Wert per 31. Dezember 2020 liegt neu bei 0.75.

Analyse Zustands- zu Neuwert 2016–2020 (Stand 31. Dezember 2020)

Gebäude über 1 Million Franken Versicherungswert		2016	2017	2018	2019	2020
Zustands-/Neuwert Gesamtportfolio		0.75	0.73	0.72	0.76	0.75
Guter Zustand	Z/N-Wert 1.00–0.85	21 %	22 %	22 %	30 %	27 %
Leicht schadhafter Zustand	Z/N-Wert 0.85–0.70	62 %	64 %	63 %	48 %	47 %
Schlechter Zustand	Z/N-Wert 0.70–0.50	14 %	13 %	14 %	19 %	25 %
Sehr schlechter Zustand	Z/N-Wert 0.00–0.50	3 %	1 %	1 %	3 %	1 %

Mietverträge mit Dritten

Im Berichtsjahr wurden zusätzliche Flächen von total 11 780 m² angemietet. Der Nettojahresmietzins für die angemieteten Objekte konnte insgesamt um Fr. 5 993 115 gesenkt werden. Folgende Tabelle zeigt eine Übersicht über die insgesamt angemieteten Flächen und Mietkosten pro Direktion:

Mietverträge mit Dritten: Flächen (in m²) und Mietkosten (Stand 31. Dezember 2020)

Direktion, Nutzer	Total Mietfläche	Büro	Unterricht/ Schule	Diverse ¹	Anzahl Parkplätze	Nettomiete in Fr.
Direktion der Justiz und des Innern	32 415	26 119		6 296	137	9 082 692
Sicherheitsdirektion	83 354	47 559	400	35 395	1 172	18 971 451
Finanzdirektion	22 391	21 583		808	134	6 103 556
Volkswirtschaftsdirektion	32 849	31 302		1 547	91	9 111 158
Gesundheitsdirektion	12 924	11 741		1 183	21	5 650 547
Bildungsdirektion	366 769	47 196	277 056	42 517	885	84 476 616
Baudirektion	29 492	8 374	4 263	29 492	122	4 275 390
Total Direktionen	580 193	193 873	281 719	104 601	2 562	138 145 484
Steuerrekursgericht	869	762		107		211 560
Notariate	18 726	15 732		2 994	74	4 275 390
Finanzkontrolle	591	563		28		190 490
Total Mietverträge	600 379	210 930	281 719	107 730	2 636	142 822 924

¹ Archiv/Lager, Aussenanlagen, Hallen usw.

Einhaltung der Büroflächenstandards in der Zentralverwaltung

Die Flächenstandardvorgaben werden teilweise erreicht. Die erfolgten Veränderungen sind auf Einzelmassnahmen zurückzuführen. Die im Vergleich zum Flächenstandard höheren Werte in der engeren Zentralverwaltung entstehen durch Rochadeflächen, die für die anstehenden Sanierungsarbeiten freigehalten werden müssen.

Flächenbelegungswerte in der Zentralverwaltung pro Direktion in m²/AP

Direktion	Objekte mit Flächenstandardvorgabe 14.5 m ² /Arbeitsplatz (AP)				Differenz 2019/2020	Objekte mit Flächenstandardvorgabe 17 m ² /Arbeitsplatz (AP)			
	2005	2019	2020			2005	2019	2020	Differenz 2019/2020
Staatskanzlei									
Direktion der Justiz und des Innern	19.6	17.0	17.3	0.3	22.3	19.0	17.5	-1.5	
Sicherheitsdirektion	19.4	15.4	15.4	0.0	26.7	17.3	17.7	0.4	
Finanzdirektion	27.6	15.0	15.8	0.8	21.0	16.9	19.6	2.7	
Volkswirtschaftsdirektion	17.3	15.4	14.7	-0.7	24.8	15.5	17.0	1.5	
Gesundheitsdirektion	20.8	16.8	16.1	-0.7	21.2	13.5	12.6	-0.9	
Bildungsdirektion	14.7	14.8	14.6	-0.2	21.8	15.3	15.7	0.4	
Baudirektion	21.1	16.6	18.8	2.2	20.3	17.4	16.8	-0.6	

Mieterträge und Rendite im allgemeinen Finanzvermögen

Folgende Tabelle zeigt eine Übersicht über den Marktwert und die Soll-Nettomieten der Anlagen im allgemeinen Finanzvermögen nach der Nutzungsart:

Segmentierung/Liegenschaftstypen (Nutzung)

	Anzahl	Anzahl in %	Marktwert in Mio. Fr.	Marktwert in %	Soll-Nettomiet- ertrag in Mio. Fr.
Wohnen	179	51	232.2	37	7.1
Wohnen/Geschäft	66	19	81.3	13	2.6
Geschäft	59	17	211.0	34	7.4
Spezialliegenschaften	49	14	97.2	16	2.4
Total	353	100	621.8	100	19.6

Am 31. Dezember 2020 betrug die Bruttorendite 3,1 Prozent. Sie zeigt das Verhältnis der Soll-Nettomiete zum Marktwert der bebauten Liegenschaften. Die Nettorendite belief sich per 31. Dezember 2020 auf 1,6 Prozent. Diese zeigt das Verhältnis der Nettoerträge zum Marktwert der bebauten Liegenschaften.

Informatik

Wichtige Entwicklungen 2020

Übertrag der IKT-Grundversorgung von den Direktionen in das Amt für Informatik

Im Berichtsjahr hat die Bildungsdirektion die Zuständigkeit für ihre IKT-Grundversorgung dem Amt für Informatik (AFI) übertragen. Innerhalb der Finanzdirektion hat die Zuständigkeit für

die IKT-Grundversorgung vom Steueramt zum AFI gewechselt. Gleichzeitig sind die Supportteams aus diesen beiden Direktionen in das AFI integriert worden.

Wichtige Ergebnisse 2020

Zwei weitere Projekte im IKT-Programm freigegeben

Im Berichtsjahr sind die beiden Projekte 30.40, Plattformen und Rechenzentren, sowie 30.60, IKT-Grundversorgung Sek II, durch das Gremium SDI (Steuerung Digitale Verwaltung und IKT) freigegeben worden. Nach der Freigabe von neun Projekten durch den Regierungsrat im Vorjahr (RRB Nr. 625/2019) sind nun elf von insgesamt zwölf Projekten im IKT-Programm freigegeben (vgl. nachfolgend Status der Projekte).

Ergebnisse der Projekte im IKT-Programm

- Geschäftsorganisationskonzept durch Gremium SDI freigegeben (Projekt 10.10 OSF).
- Ziele und Grundsätze der IKT-Verrechnung durch Regierungsrat festgesetzt (RRB Nr. 1233/2020, Projekt 10.20 VRG).
- IKT-Controllingkonzept durch Gremium SDI verabschiedet (Projekt 10.30 CTL).

- IKT-Steuerungsbericht 2021–2024 durch Gremium SDI zustimmend zur Kenntnis genommen (Projekt 10.30 CTL).
- Besondere Informationsrichtlinien (BISR) durch Gremium SDI festgesetzt (mit Ausnahme von BISR 3 und 25, Projekt 20.10 SEC).
- Vergabe und Ausgabenbewilligung betreffend Managed Security Services für SOC (Security Operations Center) durch Regierungsrat beschlossen (RRB Nr. 965/2020, Projekt 20.10 SEC).
- Vergaben und Ausgabenbewilligungen betreffend Standardisierte IKT-Grundversorgung und Backend-Infrastruktur durch Regierungsrat beschlossen (RRB Nr. 492/2020, Projekte 30.10 DAP, 30.30 UCC und 30.40 PRZ).
- Vergabe und Ausgabenbewilligung betreffend Lösung für das IT-Servicemanagement durch Regierungsrat beschlossen (RRB Nr. 623/2020, Projekt 40.10 AFI).

Zielerreichung 2020 im IKT-Programm

Im Folgenden ist der Status der Projekte im Programm zur Umsetzung der IKT-Strategie per Ende Dezember 2020 dargestellt.

Status der Projekte

Projekte	Gesamt	Termine	Kosten	Aufwand	Risiken	aktuelle Phase
10.10 Organisation Steuerungs-/Führungsprozesse (OSF)	●	●	●	●	●	Realisierung
10.20 IKT-Verrechnung (VRG)	●	●	●	●	●	Konzept
10.30 IKT-Controlling (CTL)	●	●	●	●	●	Einführung
20.10 IKT-Sicherheit (SEC)	●	●	●	●	●	Realisierung
30.10 Digitaler Arbeitsplatz (DAP)	●	●	●	●	●	Konzept
30.20 Identitäts- und Zugriffsmanagement (IAM)	●	●	●	●	●	Realisierung
30.30 UCC/Messaging (UCC)	●	●	●	●	●	Konzept
30.40 Plattformen und Rechenzentren (PRZ)	●	●	●	●	●	Konzept
30.50 Netzwerk (NET)	●	●	●	●	●	Realisierung
30.60 IKT-Grundversorgung Sek II (MBA)	●	●	●	●	●	Konzept
40.10 Aufbau- und Ablauforganisation AFI (AFI)	●	●	●	●	●	Realisierung
40.20 Beschaffung (BSG)	○	○	○	○	○	Initialisierung

Grün: Programm auf Kurs, Gelb: Programm gefährdet, Rot: Programm Erfolg stark gefährdet, Weiss: Initialisierungsphase

Für den Rollout des neuen Arbeitsplatzes (Projekte 30.10 DAP, 30.20 IAM, 30.30 UCC, 30.40 PRZ und 30.50 NET) ist eine Planung mit den Projektabhängigkeiten und Meilensteinen erarbeitet worden. Sie geht davon aus, dass aufgelaufene Projektverzögerungen als Folge der aufwendigen öffentlichen Ausschreibungen und anspruchsvollen Konzeptphase kompensiert werden können und das Programm plangemäss abgeschlossen werden kann.

Mittlerweile sind die Initialisierungsarbeiten auch im Projekt 40.20 Beschaffung aufgenommen worden. Allerdings sind bisher alle öffentlichen Beschaffungen und Prozessbeschreibungen im Beschaffungsbereich in den bereits laufenden Projekten des IKT-Programms erarbeitet worden. Zudem ist in Diskussion, ob die Einführung eines einheitlichen Beschaffungstools zweckmässig ist. Das weitere Vorgehen wird den Projekt- und Programmgeräten 2021 beantragt.

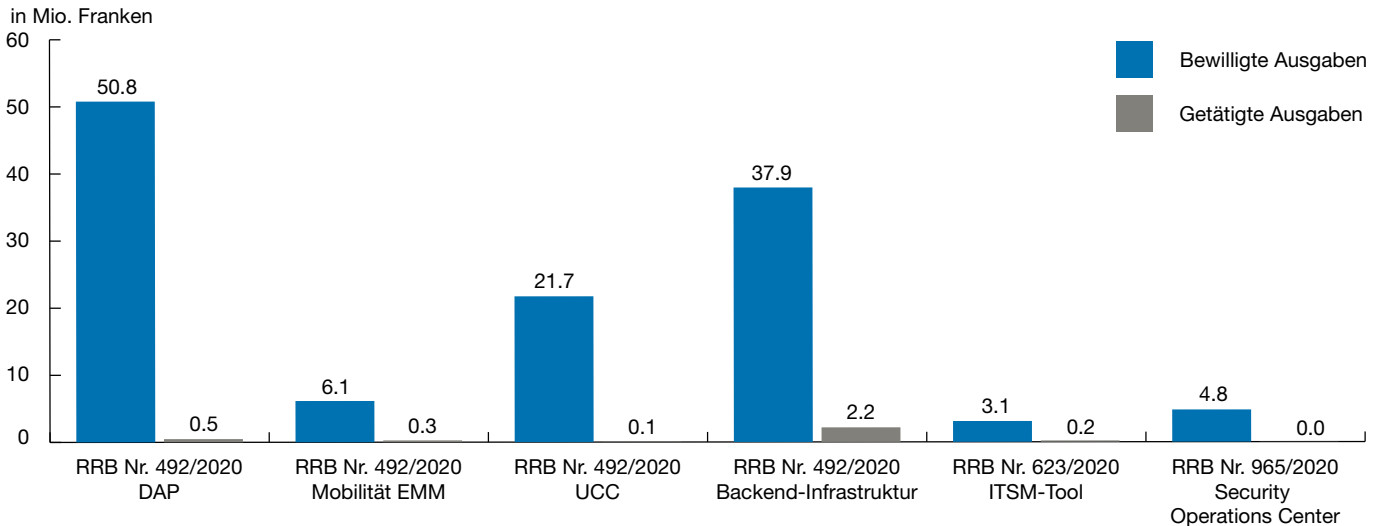
Übersicht Ausgabenbewilligung

Ausgabenbewilligung für das Programm zur Umsetzung der kantonalen IKT-Strategie (RRB Nr. 625/2019, Ausgaben in Mio. Franken per Ende Dezember 2020):

Bewilligte Ausgaben	11,2
Bestellte Leistung	7,0
Getätigte Ausgaben	5,46

Diese Ausgabenbewilligung deckt die Kosten, die durch die zwölf Projekte und die projektübergreifenden Aufgaben im Programm entstehen.

Folge der Projekte im IKT-Programm sind weitere Vergaben und Ausgabenbewilligungen (vgl. Ergebnisse der Projekte im IKT-Programm, Ausgaben in Mio. Franken per Ende Dezember 2020):



Diese Ausgabenbewilligungen decken die Kosten, die für den Ersatz der bestehenden Informatikmittel (z. B. Arbeitsplatz- und Backend-Infrastrukturen) und für das verwaltungsweite Manage-

ment der Informatik (z. B. Security Operations Center) anfallen. Die entsprechenden Informatikmittel sind bisher von den einzelnen Direktionen bzw. der Staatskanzlei beschafft worden.

Weitere Informationen

Künftige Darstellung des Funktionsbereichs Informatik

Das Ressourcenkapitel Informatik wird letztmals wie vorliegend dargestellt. Im Geschäftsbericht 2021 wird die Struktur des entsprechenden Kapitels im Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2021–2024 übernommen und inhaltlich auf das Planjahr 2021 Bezug genommen.

Verweise auf wichtige Informationen

- Überblick Finanzdirektion, Teil II des Geschäftsberichts 2020
- Leistungsgruppe Nr. 4610, Amt für Informatik, Teil II des Geschäftsberichts 2020
- IKT-Strategie auf zh.ch

«Dank der Videokonferenzlösung «Webex» können die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung auch während der Pandemie standortunabhängig und trotzdem gemeinsam arbeiten und den Auftrag gegenüber der Bevölkerung erfüllen.»

Matthias Meier, IKT-Projektleiter, Amt für Informatik



Bedeutende Beteiligungen

Beteiligungen sind verselbstständigte Organisationen und Unternehmen des öffentlichen oder privaten Rechts im vollständigen oder teilweisen Eigentum des Kantons, die öffentliche Aufgaben erfüllen oder Vorleistungen dazu erbringen. Für die Beteiligungen des Kantons werden in Eigentümerstrategien strategische Ziele sowie Vorgaben zur Vertretung in den Organen, zur Berichterstattung und zur Risikobeurteilung festgelegt. Auf Eigentümerstrategien kann verzichtet werden, wenn die strategischen Ziele in der Spezial- oder Bundesgesetzgebung ausreichend bestimmt sind (Richtlinien über die Public Corporate Governance [PCG]). Als bedeutende Beteiligungen in Zuständigkeit des Regierungsrates werden die untenstehenden 17 Beteiligungen eingestuft.

Der Regierungsrat ist für das Festlegen der Eigentümerstrategien zuständig, wenn eine Beteiligung bedeutende Risiken für den Kantonshaushalt, die Volkswirtschaft oder das Ansehen des Kantons aufweist, ihr Anteil am Eigenkapital über 30% und ihr Wert über 1 Mio. Franken liegt (§ 13a VOG RR). Gemäss RRB Nr. 813/2020 löst die nachfolgende Tabelle die bestehende Liste «Beteiligungen des Kantons Zürich» Teil A gemäss RRB Nr. 668/2019 ab. Neu wird die Lehrmittelverlag AG nicht mehr als bedeutende Beteiligung geführt, da es sich dabei zurzeit um eine Gründungsaktiengesellschaft handelt, die bis zur Verselbstständigung des Lehrmittelverlags keine öffentlichen Aufgaben erfüllt (RRB Nr. 1108/2019).

Beteiligung	Zuständige Direktion	Eigentümerstrategie	Bericht zur Umsetzung der Eigentümer- strategie ¹	Weitere Informationen
Axpo Holding AG	BD	RRB Nr. 1196/2016	RRB Nr. 961/2020	Axpo Holding AG, Geschäftsbericht
BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich (BVS)	JL	Verzicht gemäss Richtlinie über PCG, Ziff. 5.5	RRB Nr. 709/2020, Vorlage 5641	BVS Zürich, BVG- und Stiftungsauf- sicht, Geschäftsbericht und Jahres- rechnung
Elektrizitätswerke des Kantons Zürich EKZ	BD	RRB Nr. 1197/2016	RRB Nr. 962/2020	Elektrizitätswerke des Kantons Zürich, Geschäftsbericht, KR-Nr. 19/2020
Flughafen Zürich AG	VD	RRB Nr. 1003/2015	RRB Nr. 1100/2020	Flughafen Zürich AG, Geschäftsbericht
Gebäudeversicherung Kanton Zürich	DS	Verzicht gemäss RRB Nr. 377/2015 und Richtlinie über PCG, Ziff. 5.5	RRB Nr. 368/2020, Vorlage 5610	Gebäudeversicherung Kanton Zürich, Geschäftsbericht
Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland	GD	RRB Nr. 76/2018	RRB Nr. 542/2020	Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland, Geschäftsbericht und Teil II dieses Geschäftsberichts, Leistungsgruppe Nr. 9540
Kantonsspital Winterthur	GD	RRB Nr. 78/2018	RRB Nr. 540/2020, Vorlage 5625	Kantonsspital Winterthur, Jahres- bericht und Teil II dieses Geschäfts- berichts, Leistungsgruppe Nr. 9520
Opernhaus Zürich AG	JL	RRB Nr. 705/2018		Opernhaus Zürich, Geschäftsbericht
Pädagogische Hochschule Zürich	BI	Verzicht gemäss RRB Nr. 1248/2017 und Richtlinie über PCG, Ziff. 5.5	RRB Nr. 370/2020, Vorlage 5611	Pädagogische Hochschule Zürich, Jahresbericht und Teil II dieses Geschäftsberichts, Leistungsgrup- pe Nr. 9740
Psychiatrische Universi- tätsklinik Zürich	GD	RRB Nr. 346/2017	RRB Nr. 464/2020	Psychiatrische Universitätsklinik Zürich, Geschäftsbericht und Teil II dieses Geschäftsberichts, Leistungs- gruppe Nr. 9530
Sozialversicherungsanstalt des Kantons Zürich (SVA Zürich)	DS	Verzicht gemäss Richtlinie über PCG, Ziff. 5.5	²	Sozialversicherungsanstalt des Kantons Zürich, Jahresbericht
Schweizerische Nationalbank	³			Schweizerische Nationalbank, Geschäftsbericht
Universität Zürich	BI	Verzicht gemäss RRB Nr. 1248/2017 und Richtlinie über PCG, Ziff. 5.5	RRB Nr. 339/2020, Vorlage 5609	Universität Zürich, Jahresbericht und Teil II dieses Geschäftsberichts, Leistungsgruppe Nr. 9600
Universitätsspital Zürich	GD	RRB Nr. 344/2017	RRB Nr. 493/2020, Vorlage 5623	Universitätsspital Zürich, Geschäfts- bericht und Teil II dieses Geschäfts- berichts, Leistungsgruppe Nr. 9510

Bedeutende Beteiligungen

Beteiligung	Zuständige Direktion	Eigentümerstrategie	Bericht zur Umsetzung der Eigentümer- strategie ¹	Weitere Informationen
Zürcher Hochschule der Künste	BI	Verzicht gemäss RRB Nr. 1248/2017 und Richtlinie über PCG, Ziff. 5.5	RRB Nr. 370/2020, Vorlage 5611	Zürcher Hochschule der Künste, Jahresbericht, und Teil II dieses Geschäftsberichts, Leistungsgruppe Nr. 9720
Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	BI	Verzicht gemäss RRB Nr. 1248/2017 und Richtlinie über PCG, Ziff. 5.5	RRB Nr. 370/2020, Vorlage 5611	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Jahresbericht, und Teil II dieses Geschäftsberichts, Leistungsgruppe Nr. 9720
Zürcher Kantonalbank		⁴		Zürcher Kantonalbank, Geschäftsbericht

¹ Im Berichtsjahr verabschiedeter Bericht. Bei Beteiligungen ohne Eigentümerstrategie: Bericht zur Umsetzung der strategischen Ziele gemäss Spezialgesetzgebung

² In Zuständigkeit des Aufsichtsrates § 5 lit. i EG AHVG/IVG (LS 831.1)

³ Unterliegt keinem Controlling des Regierungsrates, da geringe Beeinflussbarkeit der Risiken durch den Kanton

⁴ In Zuständigkeit des Kantonsrates

Weitere Informationen über die bedeutenden Beteiligungen finden sich in Teil III dieses Geschäftsberichts einerseits in der Beilage «Beteiligungsbericht» mit Angaben zu den bedeutenden Beteiligungen in Zuständigkeit des Regierungsrates gemäss § 107 des Kantonsratsgesetzes und andererseits im Finanz-

bericht in der Beteiligungsliste. Im Anhang zu Teil II dieses Geschäftsberichts befinden sich zudem die Leistungsgruppenblätter derjenigen Beteiligungen, die zu konsolidieren sind. Weitere Informationen zu den Beteiligungen finden sich unter zh.ch/pcg.



Allgemeiner Geschäftsgang

Am 22. April wählte der Regierungsrat Dr. Silvia Steiner zu seiner Präsidentin und Jacqueline Fehr zu seiner Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2020/2021.

	2020	2019		2020	2019
Regierungsratssitzungen			Stellungnahmen des Regierungsrates		
Sitzungen	50	45	Motionen	17	19
Regierungsratsbeschlüsse	1330	1220	– davon Leistungsmotionen		
– Rekurse	60	43	Postulate	27	27
			– davon dringliche	8	11
Geschäfte des Regierungsrates			Entgegennahmen (Motionen und Postulate)	31	51
Geschäftseingänge	1702	1541	Beantwortungen des Regierungsrates		
Parlamentarische Vorstösse			Interpellationen	29	6
Einreichungen			– davon dringliche	5	
Motionen	23	29	Anfragen	234	213
– davon Leistungsmotionen			– davon dringliche	7	5
Postulate	54	72	Berichte und Anträge des Regierungsrates		
– davon dringlich erklärte (dringliche)	12	8	Motionen	3	2
Interpellationen	25	9	– davon Leistungsmotionen		
– davon dringliche	5		Postulate	23	14
Anfragen	259	208	– davon dringliche	4	3
– davon dringliche	8	4	Ergänzungsberichte	3	
Überweisungen des Kantonsrates			Volksinitiativen	2	4
Motionen	11	4	Einzelinitiativen		
– davon Leistungsmotionen			Behördeninitiativen		
– davon als Postulat			Gegenvorschläge (konstruktives Referendum)		
Postulate	31	48	Rückzüge		
– davon dringliche	4	8	Motionen	2	2
Volksinitiativen			Postulate	2	4
Einzelinitiativen (vorläufig unterstützt)			Interpellationen	1	1
Behördeninitiativen (vorläufig unterstützt)			Anfragen		
			Volksinitiativen		
			Einzelinitiativen		
			Behördeninitiativen		

«Das Weiberteam im Rathaus trägt zur reibungslosen Durchführung der Sitzungen des Regierungsrates, des Kantonsrates und seiner Kommissionen sowie weiterer Behörden bei. Wir sind stolz, unter den erschwerten Umständen einen Beitrag zum Funktionieren dieser Gremien leisten zu können.»

Peter Sturzenegger, Standesweibel, Staatskanzlei

Rechtsetzung

Die Redaktionskommission des Regierungsrates hat an 22 Sitzungen insgesamt 25 Vorlagen der Direktionen über Anträge zum Erlass von Gesetzen und Verordnungen behandelt.

Der Regierungsrat hat über die Kantonsverfassung und folgende Gesetze und Verordnungen Beschluss gefasst:

Kantonsverfassung

Gegenvorschlag zur «Kreislauf-Initiative»

Art
Ä Antrag Regierungsrat
2. Dezember 2020

Gesetze

Wassergesetz

Art
N Antrag Regierungsrat
29. Januar 2020

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Geldspiele

N 1. April 2020

Beitrittsgesetz zum Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat und zur Interkantonalen Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Geldspielen

N 1. April 2020

Zusatzleistungsgesetz, EL-Reform

Ä 1. April 2020

Energiegesetz, Umsetzung der MuKE 2014

Ä 22. April 2020

Gesetz über Controlling und Rechnungslegung, Zwischenbericht

Ä 29. April 2020

Polizeiorganisationsgesetz, Polizeigesetz und Bevölkerungsschutzgesetz, Forensisches Institut Zürich

Ä 6. Mai 2020

Kantonales Bürgerrechtsgesetz

N 27. Mai 2020

Kantonalbankgesetz, Aufhebung des Fonds zur Absicherung der Staatsgarantie

Ä 3. Juni 2020

Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz, Anforderungen für Leistungsaufträge

Ä 8. Juli 2020

Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz, Vermögensobergrenzen

Ä 26. August 2020

Gesetz über die BVG- und Stiftungsaufsicht und Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch, Zuständigkeit der Stiftungsaufsicht

Ä 26. August 2020

Gesetz über Urnenabstimmungen in Versammlungsgemeinden während der Corona-Pandemie

N 4. November 2020

Kantonales Geoinformationsgesetz, Kantonaler Leitungskataster

Ä 2. Dezember 2020

Verordnungen (Auswahl)

Verordnung über die Organisation der Oberstaatsanwaltschaft und der Staatsanwaltschaften

Art
Ä Beschluss
Regierungsrat
15. Januar 2020

Verordnung über den ABC-Schutz

Ä 29. Januar 2020

Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen

Ä 29. Januar 2020

Justizvollzugsverordnung

Ä 12. Februar 2020

Verordnung über das Meldewesen und die Einwohnerregister

Ä 12. Februar 2020

Verordnung über die Sicherstellung der Betreuung der Kinder im Volksschulbereich und an der Kindergarten- und Primarstufe der Volksschule während der Corona-Pandemie

N 18. März 2020

Allgemeine Bauverordnung

Ä 18. März 2020

Verordnung zum EG KVG

N 25. März 2020

Verordnung über die Anpassung der Aufnahmereglemente für die Mittelschulen während der Corona-Pandemie

N 25. März 2020

Verordnung über die Funktionsfähigkeit der Gemeindeorgane während der Corona-Pandemie

N 1. April 2020

Verordnung über den Fristenstillstand bei kantonalen und kommunalen Volksbegehren und Wahlen während der Corona-Pandemie

N 1. April 2020

Normalarbeitsvertrag für hauswirtschaftliche Arbeitnehmer

Ä 8. April 2020

Verordnung über die Zulassungsbeschränkungen zu den medizinischen Studiengängen der Universität Zürich

N 8. April 2020

Verordnung über die Ausfallentschädigung zugunsten von Kindertagesstätten und Tagesfamilienorganisationen zur Verminderung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie

N 22. April 2020

Finanzcontrollingverordnung

Ä 22. April 2020

Verordnung über die universitären Medizinalberufe

Ä 29. April 2020

Verordnung über die Ausfallentschädigung zugunsten von Kindertagesstätten und Tagesfamilienorganisationen zur Verminderung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie

Ä 6. Mai 2020

Verordnungen (Auswahl)

	Art	Beschluss Regierungsrat
Aufnahmereglement für die Kantonale Maturitätsschule für Erwachsene	Ä	27. Mai 2020
Verordnung über die Tagesfamilien und Kindertagesstätten	N	27. Mai 2020
Mittelschulverordnung	Ä	27. Mai 2020
Gebührenverordnung zum Wasserwirtschaftsgesetz	Ä	3. Juni 2020
Verordnung über die Aufnahme in die Mittelschulen während der Coronapandemie	Ä	10. Juni 2020
Verordnung über die Ausbildungsbeiträge	N	17. Juni 2020
Vollzugsverordnung zum Personalgesetz	Ä	1. Juli 2020
Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie	N	24. August 2020
Gemeindeverordnung	Ä	26. August 2020
Verordnung über die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung	Ä	2. September 2020
Besondere Bauverordnung I	Ä	2. September 2020
Verordnung zum Sozialhilfegesetz	Ä	23. September 2020
Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie	Ä	23. September 2020
Mehrwertausgleichsverordnung	N	30. September 2020
Zusatzleistungsverordnung	Ä	30. September 2020
Verordnung zum EG FamZG	Ä	30. September 2020
Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie	Ä	13. Oktober 2020
Volksschulverordnung und Lehrpersonalverordnung	Ä	21. Oktober 2020
Quellensteuerverordnung I	Ä	21. Oktober 2020
Quellensteuerverordnung II	Ä	21. Oktober 2020
Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie	Ä	21. Oktober 2020
Verordnung über die Top Level Domain «.zuerich»	N	28. Oktober 2020
Rahmenvertrag zwischen den Kantonen Aargau und Zürich über die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden	N	28. Oktober 2020
Verordnung über die Organisation des kantonalen Steueramtes	Ä	18. November 2020
Verordnung über die Durchführung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer	Ä	18. November 2020
Verordnung über die Zulassungsbeschränkungen zu den medizinischen Studiengängen der Universität Zürich	Ä	18. November 2020
Personalverordnung und Vollzugsverordnung zum Personalgesetz	Ä	25. November 2020
Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie	Ä	8. Dezember 2020
Verordnung über den Gemeinnützigen Fonds	N	9. Dezember 2020
Sportfondsverordnung	N	9. Dezember 2020
Kantonspolizeiverordnung	Ä	16. Dezember 2020
Verordnung zum Sozialhilfegesetz	Ä	16. Dezember 2020

N = Neuer Erlass
Ä = Änderung



Finanzvorlagen

Ausgabenbeschlüsse 2020

Die folgende Liste enthält alle Beschlüsse zu Ausgaben von mehr als 3 Mio. Franken (einmalig) bzw. mehr als Fr. 300 000 (jährlich wiederkehrend), die der Regierungsrat in eigener Kompetenz fasste. Es handelt sich um gebundene Ausgaben gemäss § 37 Abs. 2 des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung (LS 611) bzw. §§ 2 und 3 Abs. 2 des Staatsbeitragsgesetzes (LS 132.2), die deshalb keiner Ausgabenbewilligung des Kan-

tonsrates bedürfen (Art. 56 Abs. 2 Kantonsverfassung [LS 101]). In der Aufstellung nicht enthalten sind die Ausgaben, welche die Direktionen aufgrund der Kompetenzdelegation gemäss § 39 lit. c und d der Finanzcontrollingverordnung (LS 611.2) bewilligten, sowie die Ausgabenbewilligungen der zuständigen Organe des Konsolidierungskreises 2 (Behörden und Rechtspflege) und der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten.

Datum	RRB-Nr.	Gegenstand	Betrag in Fr.
15. Januar	20	Strassen, Dietikon, 1 Ueberland-/Mutschellenstrasse, Knotenausbau und Sanierung	4 171 000
5. Februar	110	Schweizerisches Institut für Kunstwissenschaft, Beitragsberechtigung, Anerkennung, Subvention (wiederkehrend)	1 150 000
5. Februar	111	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Shedhalle, Wädenswil, Mietverträge (wiederkehrend)	402 360
12. Februar	132	Staatshaftung	6 315 000
26. Februar	174	Versorgungsnotwendige Sonderleistungen von Listenspitälern, Subventionen 2020	83 000 000
11. März	237	Erneuerung ZHservices	9 930 000
18. März	258	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Halle 166/167, Winterthur, Mietverträge (wiederkehrend)	440 680
18. März	262	Massnahmen des Kantons Zürich zur Abfederung der wirtschaftlichen Belastungen aufgrund der Anordnungen zur Eindämmung des Coronavirus (COVID-19), Kreditausfallgarantie	425 000 000
18. März	262	Massnahmen des Kantons Zürich zur Abfederung der wirtschaftlichen Belastungen aufgrund der Anordnungen zur Eindämmung des Coronavirus (COVID-19), Lotteriefonds	28 000 000
18. März	262	Massnahmen des Kantons Zürich zur Abfederung der wirtschaftlichen Belastungen aufgrund der Anordnungen zur Eindämmung des Coronavirus (COVID-19), Jubiläumsdividende ZKB	15 000 000
25. März	291	Strickhof, Schulprovisorium Grüental Wädenswil	14 730 000
1. April	324	Unterhaltsreinigung der kantonalen Verwaltungsbauten (wiederkehrend)	2 000 000
8. April	361	Strassen, Dällikon, 614 Däniker-/Regensdorferstrasse, Strassenraumgestaltung mit FLAMA N1/N20, Projektfestsetzung	7 605 000
22. April	398	Strassen, Dietikon, 618 Mutschellenstrasse, SBB-Überführung, Sanierung und Neukonzeptionierung Betriebs- und Sicherheitsanlagen	11 662 000
6. Mai	473	Altlastensanierung, Zürichsee, Uetikon a. S.	5 000 000
13. Mai	492	Standardisierte IKT-Grundversorgung und Backend-Infrastruktur, Digitaler Arbeitsplatz	50 784 000
13. Mai	492	Standardisierte IKT-Grundversorgung und Backend-Infrastruktur, Mobilität	6 146 000
13. Mai	492	Standardisierte IKT-Grundversorgung und Backend-Infrastruktur, UCC	21 724 000
13. Mai	492	Standardisierte IKT-Grundversorgung und Backend-Infrastruktur, Backend-Infrastruktur	37 919 000
27. Mai	531	Strassen, Hinwil, 788 Zürich-/Dürntnerstrasse, 786 Bachtelstrasse, Fahrbahninstandsetzung	3 176 168
3. Juni	566	Strassen, Herrliberg, 17 Seestrasse, Grenze Erlenbach bis Badeanlage «Steinrad», Strasseninstandsetzung und Umbau Parkplatz «Steinrad»	3 081 000
3. Juni	568	Lotteriefonds des Kantons Zürich, Entwicklungszusammenarbeit 2020	3 858 000
3. Juni	572	Massnahmenpaket zur Unterstützung der Spitäler bei der Bewältigung der finanziellen Folgen der Covid-19-Pandemie	305 000 000
17. Juni	606	Tram Affoltern, Auflage-/Bauprojekt	15 962 000
17. Juni	613	Provisorium der Kantonsschule Zimmerberg, Au-Wädenswil, Mietvertrag (wiederkehrend)	385 815
24. Juni	623	Lösung für das IT-Servicemanagement	3 100 000
24. Juni	640	Krankenversicherung, Prämienverbilligung, Entschädigung der Sozialversicherungsanstalt für die Durchführung (wiederkehrend)	12 240 000

«Die Coronakrise brachte eine neue und herausfordernde Ausgangslage auf dem Arbeitsmarkt. Sie fordert von den Stellensuchenden, der öffentlichen Arbeitsvermittlung wie auch den Arbeitgebenden Flexibilität und Anpassungsfähigkeit, damit das gemeinsame Ziel der raschen Integration in die Arbeitswelt erreicht werden kann.»

Thomas Schumacher, Personalberater RAV, Amt für Wirtschaft und Arbeit

Datum	RRB-Nr.	Gegenstand	Betrag in Fr.
24. Juni	640	Krankenversicherung, Prämienverbilligung, Entschädigung der Sozialversicherungsanstalt, Kosten für IT-Anpassungen	3 821 678
1. Juli	655	Sportfonds, Beiträge, Sportanlagen	4 064 800
1. Juli	656	Kantonspolizei, Ersatz der Telekommunikations-Anlage	7 200 000
1. Juli	660	Strassen, Mettmensstetten / Affoltern a. A., 382 Zürichstrasse, Dachliser- bis Muristrasse, Instandsetzung	3 450 000
1. Juli	665	Militärkaserne Zürich, Gesamtinstandsetzung und Umbau, Projektierung und vorgezogene Ausführungsplanung	22 198 000
8. Juli	714	Betrieb von SAP- und SAP-nahen Systemen für den Kanton Zürich	11 000 000
19. August	766	Universität Zürich-Irchel, Provisorium für die Kantonsschulen, Projektierung	5 050 000
19. August	768	Berufsfachschule Winterthur, Tösstalstrasse, Projektierung und vorgezogene Ausführungsplanung	8 107 000
26. August	802	Wasserbau, Limmat Schlieren Hochwasserschutz und Revitalisierung, Planungskredit	3 590 000
2. September	836	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Winterthur, Eulachpassage	7 528 000
2. September	838	Sondermülldeponie Kölliken, Nachsanierungsphase	7 230 000
2. September	841	Coronamassnahmen, befristeter Leistungsauftrag Contact Tracing	3 700 000
9. September	862	Strassen, Elsau, 7 St. Gallerstrasse, 831 Pestalozzistrasse, Velo- und Fussgänger-massnahmen sowie Instandsetzung	6 242 000
16. September	895	Strassen, Illnau-Effretikon, 766 Illnauerstrasse, Instandsetzung Unterführung SBB, Lückenschliessung und Neubau Kreisel Brandrietstrasse	3 562 250
30. September	958	Kantonale Berufsschule für Weiterbildung, Zürich, Sozialplan	4 967 520
30. September	965	Security Operations Center, Ausgabenbewilligung	4 800 000
21. Oktober	985	Kulturama, Museum des Menschen, Beitragsberechtigung, Erneuerung (wiederkehrend)	500 000
21. Oktober	997	Strassen, Wetzikon, 770 Weststrasse, Sanierung	4 765 000
28. Oktober	1031	Strassen, Uster, 340 Flora-/Aathalstrasse, Instandsetzung, Radfahrerschutz, Aufwertung Ortsdurchfahrt	3 404 000
4. November	1051	Schule für Gestaltung Zürich, Bereitstellung Ersatzschulräume	4 105 500
4. November	1059	Covid-19-Testzentren in Ballungsgebieten	7 200 000
4. November	1060	Ergänzender befristeter Leistungsauftrag Contact Tracing	3 250 000
11. November	1076	Sportfonds, Beiträge, Mitteleinsatz 2021	28 873 858
11. November	1092	Strassen, Illnau-Effretikon/Lindau, 824 Giessen-/Kyburgstrasse, Pfäffikerstrasse bis Kemletenstrasse, Strasseninstandsetzung	3 200 000
11. November	1105	Zweite Welle der Coronapandemie, Entschädigung der Zusatzkosten von Covid-Spitälern	14 907 000
18. November	1121	Strassen, Neerach/Stadel, 348 Umfahrungs-/Kiesstrasse, Stadlerstrasse bis Waldhof, Fahrbahninstandsetzung	5 260 000
18. November	1131	Lotteriefonds, Inlandhilfe 2020	3 830 000
25. November	1146	Kantonspolizei Verkehrsstützpunkt Urdorf, Instandsetzung und Erweiterung	11 544 000
2. Dezember	1173	Stadt Zürich, Fachschule Viventa, Kostenanteil	8 960 000
2. Dezember	1193	Informationssicherheit, Umsetzung in den Direktionen und der Staatskanzlei	3 211 200
8. Dezember	1202	Coronapandemie, zweite Welle, Entschädigung der Zusatzkosten von Covid-Spitälern im Januar und Februar 2021	12 384 000
9. Dezember	1210	Kantonspolizei, Ersatzbeschaffung und Unterhalt iOS-Geräte 2021 bis 2023	4 900 000
9. Dezember	1222	Denkmalpflegefonds, Zürich, Villa Rosau, Glärnischstrasse 10, Subvention	4 550 762
9. Dezember	1224	Strassen, Bachs, 568 Bachsertalstrasse, Instandsetzung Fahrbahn und Neubau Gehweg	4 050 300
16. Dezember	1251	Verlängerung der Glattalbahnen (Flughafen bis Kloten Industrie), Hochwasserschutz Kloten, neue Velohauptverbindung	26 667 000
16. Dezember	1261	Strassen, Flaach, 544 RVS, Ersatz Rheinbrücke	13 680 000
16. Dezember	1262	Strassen, Höri, 355 Wehntalerstrasse, Kreisel Neeracher Ried bis Wehntalerstrasse 59, Fahrbahninstandsetzung	4 284 000
16. Dezember	1263	Strassen, Lindau/Brütten, 764 Brüttener-/Tüfistrasse, Poststrasse bis Zürcherstrasse, Fahrbahninstandstellung	3 225 000
16. Dezember	1272	Engere Zentralverwaltung, Erneuerung und Gesamtinstandsetzung Verwaltungsgebäude	6 300 000
23. Dezember	1305	Kantonspolizei, Ersatz der Infrastruktur für die Grenzkontrollschalter	11 200 000
23. Dezember	1315	Strassen, Henggart/Humlikon/Adlikon, 15 Weinlandstrasse, Autobahnanschluss A4 (Henggart) bis Kreisel Adlikon, Strasseninstandsetzung	3 440 000

Volksabstimmungen

Datum	Abstimmungsgeschäft	Kantonales Ergebnis		Stimmbe- teiligung (Kt.) %	Eidgenössisches Ergebnis	
		Ja	Nein		Ja	Nein
9. Febr.	Eidgenössische Volksabstimmungen					
	Volksinitiative vom 18. Oktober 2016 «Mehr bezahlbare Wohnungen»	196 903	226 515	45.40	963 740	1 280 331
	Änderung vom 14. Dezember 2018 des Strafgesetzbuches und des Militärstraf- gesetzes (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung)	268 221	154 024	45.40	1 414 160	827 235
	Kantonale Volksabstimmungen					
	Gesetz über den Personentransport mit Taxis und Limousinen vom 25. März 2019 (PTLG)	200 000	178 496	43.43		
	Projekt Rosengartentram und Rosengarten- tunnel in der Stadt Zürich: Erlass eines Spezialgesetzes und Bewilligung eines Rahmenkredits: A. Gesetz über eine Tramverbindung und einen Strassentunnel am Rosengarten in der Stadt Zürich (Rosengarten-Verkehrsgesetz)	148 011	249 596	44.74		
	Projekt Rosengartentram und Rosengarten- tunnel in der Stadt Zürich: Erlass eines Spezialgesetzes und Bewilligung eines Rahmenkredits: B. Beschluss des Kantons- rates über einen Rahmenkredit für das Gesamtprojekt Rosengartentram und Rosengartentunnel	142 789	250 402	44.56		
	A. Volksinitiative «Für die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen (Entlastungsinitiative)»	166 872	230 051	44.72		
	B. Volksinitiative «Mittelstandsinitiative – weniger Steuerbelastung für alle»	116 678	277 140	44.53		
	C. Stichfrage: Welche der beiden Vorlagen soll in Kraft treten, falls sowohl die «Entlas- tungsinitiative» als auch die «Mittelstands- initiative» angenommen werden?	183 524 (Entlastungs- initiative)	150 482 (Mittelstands- initiative)	42.90		
17. Mai	Eidgenössische Volksabstimmungen					
	Coronavirus: Der Bundesrat hat am 18. März 2020 beschlossen, auf die Durchführung der angeordneten eidgenössischen Volksabstimmung vom 17. Mai 2020 zu verzichten.					
	Kantonale Volksabstimmungen					
	Coronavirus: Der Regierungsrat hat am 25. März 2020 beschlossen, auf die Durchführung der angeordneten kantonalen Volksabstimmung vom 17. Mai 2020 zu verzichten.					

Volksabstimmungen

Datum	Abstimmungsgeschäft	Kantonales Ergebnis		Stimme- teiligung (Kt.) %	Eidgenössisches Ergebnis	
		Ja	Nein		Ja	Nein
27. Sept.	Eidgenössische Volksabstimmungen					
	Volksinitiative vom 31. August 2018 «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»	193 408	371 218	60.28	1 233 995	1 988 349
	Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, JSG)	229 291	325 084	59.92	1 531 027	1 654 105
	Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über die direkte Bundes- steuer (DBG) (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten)	187 333	366 194	59.77	1 164 451	2 003 235
	Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über den Erwerbssersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbssersatzgesetz, EOG)	345 813	214 212	60.05	1 933 310	1 270 705
	Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2019 über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge	281 132	278 218	60.10	1 605 839	1 597 324
	Kantonale Volksabstimmungen					
	Zusatzleistungsgesetz (ZLG) (Änderung vom 28. Oktober 2019, Beiträge des Kantons)	299 174	184 783	55.12		
	Strassengesetz (StrG) (Änderung vom 18. November 2019, Unterhalt von Gemeindestrassen)	264 113	214 083	54.94		
29. Nov.	Eidgenössische Volksabstimmungen					
	Volksinitiative vom 10. Oktober 2016 «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» (kein Ständemehr: Vorlage abgelehnt)	250 337	223 523	50.49	1 299 173	1 261 673
	Volksinitiative vom 21. Juni 2018 «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»	214 775	255 557	50.32	1 081 731	1 460 755
	Kantonale Volksabstimmungen					
	Der Regierungsrat hat am 19. August 2020 beschlossen, auf die Anordnung einer kantonalen Volksabstimmung am 29. November 2020 zu verzichten.					

Herausgeberin

Staatskanzlei des Kantons Zürich, 8090 Zürich

Fotos Umschlag

André Roth und Marc Schmid, Zürich

Fotos Inhalt

Dieter Seeger, Fällanden

Druck

Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz)

Auflage

600 Expl.

Internet

zh.ch/gb

Weitere Informationen

info@sk.zh.ch

Bezugsquelle

Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz)
Art.-Nr. 684896

ISSN-Nummer

ISSN 2504-4737

